

## Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 141, 2016

### 1. Artikel: CDU-Wirtschaftsrat: Heftige Kritik am Klimaschutzplan (23.08.2016)

„In einem Positionspaper [...] kritisiert der Wirtschaftsrat, die Ziele des Klimaschutzplans gingen ‚weit über die bestehenden europäischen Ziele und Instrumente zum Klimaschutz hinaus‘. Eine Umsetzung würde ‚den deutschen Sonderweg in der Klimapolitik weiter verfestigen und Desinvestitionen sowie die schleichende Deindustrialisierung des Standortes Deutschland massiv befördern‘, heißt es in dem Papier weiter. [...] Somit gerät Umweltministerin Hendricks mit ihrem Klimaschutzplan immer weiter in die Defensive. Der Plan, an dem seit dem vergangenen Jahr gearbeitet wird, soll den Weg zu einer treibhausgasneutralen Volkswirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts weisen. Alle Sektoren - ob Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Industrie oder private Haushalte - sollen dazu beitragen, die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen zu mindern.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Energiepolitik“, „Energie und Makroökonomie“ und „Umweltschutz“

1. Benennen Sie die zentralen Zielsetzungen des vom Bundesumweltministerium entworfenen Klimaschutzplans. Überprüfen Sie, inwieweit sich dieser in die internationalen Rahmenvorgaben einpasst.
2. Geben Sie die zentralen Kritikpunkte des CDU-Wirtschaftsrates an den ministeriellen Plänen wieder. Erschließen Sie sich in diesem Zusammenhang die von ihm vertretenen Interessen(-Gruppen).
3. Erörtern Sie die im vorliegenden Fall auftretenden Konfliktlinien zwischen ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen. Nehmen Sie begründet Stellung.
4. Ermitteln Sie weitere Beispiele für vergleichbare Konflikte in anderen Bereichen.

### 2. Artikel/Grafiken: Solarbranche: Zoff um Zölle (23.08.2016)

### 3. Artikel: Solarworld: Kampf ums Überleben an vielen Fronten (23.08.2016)

„Um lästige Konkurrenten aus Asien fernzuhalten, werben 30 europäische Solarfirmen unter Führung von Solarworld für Strafzölle auf chinesische Module und

Zellen .Doch im Verband tobt nun ein heftiger Streit, der die Beteiligten in den Ruin treiben könnte.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“**

1. *Beschreiben Sie Angebotsentwicklungen auf dem weltweiten Markt für Solar-module und -zellen. Arbeiten Sie die zu erkennenden Verschiebungen zwischen deutschen/europäischen und asiatischen Produzenten heraus.*
2. *Erklären Sie am Beispiel der Solarindustrie, was grundsätzlich unter Dumping verstanden wird.*
3. *Erläutern Sie Hintergrund und Zielsetzungen der Maßnahmen der Europäischen Kommission im Hinblick auf die Eindämmung des Dumpings auf dem genannten Markt.*
4. *Überprüfen Sie, inwieweit in diesem Zusammenhang von einem Lobbyerfolg der Solarunternehmen gesprochen werden kann.*
5. *Analysieren Sie den aktuellen Konflikt innerhalb des Industrieverbandes hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Maßnahmen. Stellen Sie dabei die Interessen und Argumentationen der Konfliktparteien einander gegenüber.*
6. *Diskutieren Sie die Notwendigkeit sowie Vor- und Nachteile der Strafzölle. Begründen Sie Ihre Einschätzungen*

#### **4. Artikel/Grafik: Ostseepipeline: Volles Rohr (23.08.2016)**

„Die Feierstunde liegt nicht einmal ein Jahr zurück. Am 4. September 2015 unterzeichnete der Chef des russischen Gasproduzenten Gazprom, Alexej Miller, mit den Vorstandschefs eines prominent besetzten westlichen Konsortiums den Gesellschaftervertrag für den Bau von Nordstream 2. Mit dem Projekt soll die Kapazität der Ostseepipeline, die Gas aus Sibirien nach Europa bringt, verdoppelt werden. Vor wenigen Tagen lösten die Konsortialpartner Wintershall, Uniper, Shell, OMV und Engie, den Vertrag aber schon wieder. Sie reagierten auf Kartellprobleme. Gazprom hält zwar an dem umstrittenen Projekt fest - ein schwerer Rückschlag ist es aber allemal. [...] Doch ein deutsches Gasunternehmen, das an dem Pipeline-Projekt direkt nicht beteiligt ist, sondern auf das zusätzliche russische Gas aus ist, geht unverdrossen davon aus, dass es realisiert wird. ‚Ich bin absolut überzeugt, dass Nordstream 2 kommt‘, sagt Axel Botzenhardt, Chef des deutschen Gasnetzbetreibers Thyssengas [...].“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Wertschöpfung**“, „**Energiepolitik**“ und „**Perspektiven der Weltenergieversorgung**“

1. *Erschließen Sie sich die ursprünglichen Zielsetzungen des Pipeline-Projektes Nordstream 2.*
2. *Fassen Sie die Entwicklung des Projektes zusammen und ermitteln Sie den aktuellen Status.*
3. *Erläutern Sie, wie sich die Rahmenbedingungen im Verlauf der Planungs- und Vertragsanbahnungsphase verändert haben und welche Faktoren zur Vertragsauflösung geführt haben.*
4. *Ermitteln Sie die Reaktion des Gasnetzbetreibers Thyssengas hierauf. Arbeiten Sie dessen (geplanten) Maßnahmen und Zielsetzungen heraus.*
5. *Erörtern Sie, inwieweit sich die Gaszuströme innerhalb und nach Europa(s) in Zukunft verändern (könnten).*

## **5. Artikel/Grafik: Carsharing: Freies Parken für die Auto-Teiler (25.08.2016)**

„Carsharing soll die Innenstädte erobern. So rechnet es die Regierung in ihrem Entwurf für das Carsharing-Gesetz vor: Jedes Jahr soll die Zahl der Stellflächen für Carsharingstationen um 15 Prozent wachsen. Und auch die Zahl der Fahrzeuge könnte bis 2020 jährlich um elf bis 19 Prozent zulegen. Die noch junge Branche hat sich professionalisiert - und wächst auch in der Fläche. Pro Jahr sollen 50 Städte erschlossen werden, die erstmals Carsharingstationen genehmigen, prognostiziert der Carsharing-Verband. Aus Sicht von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) ist es daher höchste Zeit, die Branche auch gesetzlich zu regeln. Seit 2014 berät die Große Koalition, nun liegt ein Entwurf für ein Gesetz vor, mit dem der Bund die Grundlage für die Mobilität der Zukunft in den Städten legen will.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“ und „**Umweltschutz**“

1. *Erklären Sie, was unter dem Begriff Carsharing verstanden wird. Erschließen Sie sich die unterschiedlichen derzeit angebotenen Modelle.*
2. *Fassen Sie die Pläne der Bundesregierung vor diesem Hintergrund zusammen. Benennen Sie ihre wesentlichen Zielsetzungen.*
3. *Arbeiten Sie heraus, welche Rolle Kommunen und Bundesländer in diesem Zusammenhang spielen.*

4. *Ermitteln Sie weiterhin bestehende Herausforderungen und zu klärende Fragestellungen.*
5. *Überprüfen Sie anhand des Beispiels des „Free Floating“-Modells, inwieweit eine genaue Analyse der ökologischen Wirkungen des Carsharing-Modells notwendig ist. Setzen Sie sich hierzu u. a. mit den aus Sicht von Kritikern auftretenden „Nebenwirkungen“ des genannten Modells auseinander.*

## **6. Artikel/Grafik: Netzausbau: Warten auf die lange Leitung (26.08.2016)**

### **7. Interview: Lex Hartman (Tennet): „2025 oder später“ (26.08.2016)**

„Der schleppende Netzausbau wird somit zur Achillesferse der Energiewende. Der komplette Umbau des Stromversorgungssystems - weg von großen, fossilen Kraftwerken, hin zu erneuerbaren Energiequellen - kann nur gelingen, wenn auch das Stromnetz umgebaut wird. Künftig braucht Deutschland eine Reihe starker neuer Leitungen, um den Windstrom aus dem Norden und Nordosten Deutschlands in die Verbrauchszentren im Süden und Westen zu transportieren. Das existierende Netz stößt angesichts des rasanten Ausbaus der Windkraft immer häufiger an seine Kapazitätsgrenzen. [...] Auch die Zeit drängt. Spätestens am 31. Dezember 2022 sollen mit den Reaktoren Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland die letzten Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen. Bis dahin muss das neue Leitungssystem stehen. Die Aussichten, dass das gelingt, tendieren gegen null. Teure Notlösungen könnten die Folge sein.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energemix der Zukunft“**

1. *Erläutern Sie die Bedeutung des Ausbaus der Stromnetze für das Gelingen der Energiewende. Erschließen Sie sich die bestehenden Interdependenzen und Abhängigkeiten.*
2. *Legen Sie dar, inwieweit die zeitnahe Abschaltung mehrerer Atomkraftwerke den Zeitdruck beim Netzausbau verstärkt.*
3. *Ermitteln Sie den aktuellen Status des Netzausbaus. Überprüfen Sie, inwieweit dieser den ursprünglichen Zielsetzungen entspricht.*
4. *Erschließen Sie sich die bestehenden Probleme und Herausforderungen. Arbeiten Sie die wesentlichen Ursachen und verantwortlichen Akteure heraus.*
5. *Geben Sie die Einschätzungen der Situation durch den Tennet-Vorstand Lex Hartmann wieder. Ermitteln Sie die seiner Meinung nach aus einer anhaltenden Bauverzögerung resultierenden Probleme.*

## 8. Artikel: Stromspeicher: Lukrativer Zweitmarkt für Autohersteller (26.08.2016)

„Egal, ob Tesla, Daimler oder BMW: Um ihre Elektroantriebe querzufinanzieren, drängen die Autohersteller verstärkt in den Energiesektor. Lithium-Ionen-Akkus können schließlich auch als stationäre Speicher genutzt werden. Und weil die Batteriepreise stetig purzeln, ergeben sich auch hier völlig neue Geschäftsmodelle. Die Unternehmensberatung Ernst & Young sieht gar ‚goldene Zeiten‘ für Ausrüster und Hersteller aus der Stromspeicher-Industrie anbrechen. Der Grund: Es lohnt sich beispielsweise zunehmend, Solarstrom vom Dach zu puffern und selbst zu verbrauchen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Beschreiben Sie die unterschiedlichen Verwendungsmöglichkeiten von Stromspeichern. Ermitteln Sie die diesbezüglich bestehenden Potenziale für die Zukunft.*
2. *Arbeiten Sie heraus, inwieweit sich hieraus neue Geschäftsfelder für die Automobilhersteller ergeben. Erschließen Sie sich aus der alltäglichen Arbeit entstehende Synergieeffekte.*
3. *Erörtern Sie, inwieweit die beschriebenen Entwicklungen exemplarisch für den grundlegenden Strukturwandel in der Energiewirtschaft stehen. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*

## 9. Artikel/Grafik: Bei RWE geht endlich die Sonne auf (30.08.2016)

„Im Frühjahr spaltete RWE das Zukunftsgeschäft mit der Energiewende - die Bereiche erneuerbare Energien, Vertrieb und Netze - in das neue Unternehmen Innogy ab, während sich die RWE AG operativ nur noch auf die konventionelle Stromproduktion und den Großhandel konzentriert. Ende des Jahres will Terium zehn Prozent der Innogy-Aktien an der Börse platzieren. Er selbst will sich dann auf die Führung der Tochter konzentrieren. Mit der Übernahme der Belectric-Sparte betreibt Terium bei den potenziellen Investoren Werbung für die neue Aktie. Die Tochter der mittelständischen Belectric-Gruppe ist spezialisiert auf den Bau und Betrieb von Freiflächen-Solarkraftwerken und auf die Technologie zum Speichern von Energie in großen Batterien. Das Volumen des Deals ist verglichen mit den milliardengeschäften, die RWE früher tätigte, bescheiden: Der Kaufpreis liegt im hohen zweistelligen Millionen-Euro-Bereich. Trotzdem ist die Übernahme bemerkenswert. Zum einen ist die Finanzlage des Energiekonzerns inzwischen so angespannt, dass RWE sich selbst solch eine Übernahme gut überlegen muss. Die

Essener drücken hohe Schulden, und im bisherigen Kerngeschäft, dem Betrieb großer Kraftwerke, brechen die Gewinne weg. Zum anderen passt die Übernahme gut in die Wachstumsstrategie, die Terium ausgegeben hat.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Beschreiben Sie Umfang und Form der Neustrukturierung des RWE-Konzerns. Benennen Sie die hiermit verfolgten Zielsetzungen.*
2. *Erläutern Sie in diesem Zusammenhang die Intention des Erwerbs der Solarfirma Belectric Solar & Battery Holding GmbH.*
3. *Analysieren Sie, inwieweit sich die Strategie des RWE-Konzerns in den vergangenen Jahren verändert hat.*
4. *Überprüfen Sie die Ursachen hierfür. Arbeiten Sie insbesondere heraus, inwiefern energiepolitische Entscheidungen und Veränderungen die Rahmenbedingungen der deutschen Energieunternehmen verändert haben.*

## **10. Artikel: Ökostromabgabe: Gabriel rettet Privilegien der Industrie (31.08.2016)**

„Die Europäische Union und Deutschland haben ihren Streit über Strompreisprivilegien der Industrie beigelegt. Eigene Kraftwerke der Konzerne blieben auch künftig von der Ökostromabgabe befreit, sagte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) am Dienstag in Berlin. Dies betreffe die bestehenden sogenannten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK), die die Masse der Industriekraftwerke bilden. Sie produzieren neben Strom auch Wärme, die in den Fabriken benötigt wird. [...] Auf der anderen Seite wird aber die bisherige Subventionierung der Kraft-Wärme-Kopplung in der Industrie stark eingeschränkt.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**, **„Energie und Makroökonomie“** und **„Umweltschutz“**

1. *Erklären Sie die Zielsetzung der sogenannten Ökostromabgabe.*
2. *Arbeiten Sie heraus, in welchem Umfang und aus welchen Gründen energieintensive Unternehmen von den Zahlungen ausgenommen werden.*
3. *Erläutern Sie den Kern der aktuellen Diskussionen innerhalb der Europäischen Union (EU). Erschließen Sie sich hierbei die Position der deutschen Bundesregierung sowie die Verhandlungsergebnisse.*

4. *Überprüfen Sie, inwieweit im vorliegenden Fall ökologische und ökonomische Zielsetzungen miteinander in Konflikt geraten (können).*

## **11. Artikel/Grafiken: Netzbetrieb: Angst vor dem Kurzschluss (02.09.2016)**

## **12. Artikel: Strom- und Gasnetz: „Staatlich garantierte Traumrenditen“ (06.09.2016)**

„Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) vertritt die gesamte Branche vom kleinen Gemeindewerk bis zu den großen Energiekonzernen Eon und RWE. [...] Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi streitet für 200 000 Beschäftigte bei kleinen und großen Versorgern. Wenn die Geschäftsführer von BDEW und VKU, Stefan Kapferer und Katherina Reiche, gemeinsam mit Verdi-Chef Frank Bsirske einen Appell formulieren, steht dahinter also die gesammelte Macht der Energiebranche. Vor wenigen Tagen haben die drei Interessenvertreter einen gemeinsamen Brief formuliert, der dem Handelsblatt vorliegt. Adressat des Schreibens ist der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann: Er will die Gewinne der Strom- und Gasnetzbetreiber um eine Milliardensumme drücken, um die Kunden zu entlasten. Dagegen läuft die Branche Sturm.“ Zu beachten ist allerdings, dass sich nicht die gesamte Energiebranche gegen die Änderungen ausspricht, im Gegenteil. Dem Ökostromanbieter Lichtblick sowie dem Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) gehen die Eingriffe nicht weit genug.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Legen Sie dar, wie die Festlegung der Gebühren zur Nutzung der Gas- und Stromnetze in Deutschland erfolgt. Ermitteln Sie hierbei den Anteil der staatlichen Regulierung und die Aufgaben der Bundesnetzagentur.*
2. *Fassen Sie die aktuellen Pläne der Bundesnetzagentur zusammen. Benennen Sie die hiermit verfolgten Zielsetzungen.*
3. *Erschließen Sie sich die Reaktionen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und der Gewerkschaft Verdi hierauf. Geben Sie deren wesentliche Argumente wieder.*
4. *Überprüfen Sie, inwieweit die gesamte Energiebranche Widerstand leistet bzw. es auch abweichende Einschätzungen gibt. Erläutern Sie die diesbezüglich auftretenden Konfliktlinien.*

## CDU-Wirtschaftsrat: Heftige Kritik am Klimaschutzplan

*Der CDU-Wirtschaftsrat bezeichnet die Ideen von Umweltministerin Hendricks als „Horrorkatalog für die Wirtschaft“.*

5

Der Wirtschaftsrat der CDU stellt sich vehement gegen den „Klimaschutzplan 2050“ von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD). „Der Klimaschutzplan ist ein Horrorkatalog für die Wirtschaft, der Bürokratie und immense Kosten nach sich zieht und auch die Bürger treffen wird“, sagte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats, dem Handelsblatt. Deutschland brauche „eine breite gesellschaftliche und parlamentarische Debatte darüber, was der Klimaschutzplan tatsächlich vorsieht und vor allem klare Worte dazu, welche Kostenbelastung auf Wirtschaft und Industrie sowie die Bürger in unserem Land zurollt“, sagte Steiger.

15 In einem Positionspaper, das dem Handelsblatt vorliegt, kritisiert der Wirtschaftsrat, die Ziele des Klimaschutzplans gingen „weit über die bestehenden europäischen Ziele und Instrumente zum Klimaschutz hinaus“. Eine Umsetzung würde „den deutschen Sonderweg in der Klimapolitik weiter verfestigen und Desinvestitionen sowie die schleichende Deindustrialisierung des Standortes Deutschland massiv befördern“, heißt es in dem Papier weiter.

25 Somit gerät Umweltministerin Hendricks mit ihrem Klimaschutzplan immer weiter in die Defensive. Der Plan, an dem seit dem vergangenen Jahr gearbeitet wird, soll den Weg zu einer treibhausgasneutralen Volkswirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts weisen. Alle Sektoren - ob Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Industrie oder private Haushalte - sollen dazu beitragen, die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen zu mindern.

30 Erst Ende Juli hatte das Bundeskanzleramt den Klimaschutzplan torpediert und insbesondere darauf gedrungen, dass mit dem Plan keine neuen Reduktionsziele ausgerufen werden: „Es muss deutlich sein, dass die inhaltliche Basis für den Klimaschutzplan 2050 die festgelegten nationalen Klimaziele sind“, heißt es in einer vierseitigen Stellungnahme des Kanzleramts. „Formulierungen wie 'ist das Ziel einer weitgehenden Treibhausgasneutralität bis 2050' tragen dem nicht Rechnung und sollten angepasst werden.“ Der Plan enthalte eine Reihe von Punkten, die „Potenzial für politisch kontroverse Diskussionen haben“, etwa die grundlegende Umgestaltung des Verkehrssektors. Die Botschaft aus dem Kanzleramt ist klar formuliert: Mit dem Klimaschutzplan dürfe „keine Zielverschärfung“ verbunden sein.

40 Zuvor hatte bereits das Bundeswirtschaftsministerium den Plan an wesentlichen Punkten entschärft. Auch aus den Bundesländern kam Kritik. Weite Teile der Wirtschaft protestieren ohnehin seit Monaten gegen die Vorhaben des Umweltministeriums.



45 Aus Sicht des CDU-Wirtschaftsrats berücksichtigt der Klimaschutzplan auch in seiner  
aktuellen Fassung noch immer nicht die Belange der Wirtschaft. So dürfe sich das in  
dem Plan vorgesehene Monitoring nicht allein darauf beschränken, die Einhaltung von  
Reduktionszielen zu überprüfen. „Stattdessen sollte bei der Definition von Monitor-  
ing-Kriterien eine Verbindung zwischen Klimaschutz, Investitionen und Wirtschafts-  
entwicklung angestrebt werden“, heißt es im Positionspapier.

50 Außerdem sollte Hendricks' Plan eine Folgekostenabschätzung beinhalten. „Grundle-  
gendes Ziel muss sein, Treibhausgase zu den geringstmöglichen Kosten zu vermeiden  
und den Aufbau weiterer Bürokratie zu vermeiden.“ Klimapolitik müsse die Kosten  
für Bürger und Wirtschaft so gering wie möglich halten. Voraussetzung dafür seien  
55 belastbare Kosten-Nutzen-Analysen der Maßnahmen.

Neue Gesetzentwürfe zum Klimaschutz müssten „unbedingt auch stets darlegen, wel-  
chen Einfluss sie auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nehmen“. Die Ziele Klimaschutz und Gewährleistung eines hohen industriellen Anteils an der  
60 Bruttowertschöpfung müssten gleichrangig behandelt werden, heißt es in dem Positi-  
onspapier.

Damit greift der Wirtschaftsrat der CDU eine Forderung auf, die sich auch Bundes-  
wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) zu eigen gemacht hat. Gabriel fordert, Kli-  
65 maschutzziele und das Ziel eines hohen Industrieanteils an der Bruttowertschöpfung  
auf europäischer Ebene mit gleicher Intensität zu verfolgen.

*Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 162, 23.08.2016, 9*

## Solarbranche: Zoff um Zölle

5 *Um lästige Konkurrenten aus Asien fernzuhalten, werben 30 europäische Solarfirmen unter Führung von Solarworld für Strafzölle auf chinesische Module und Zellen. Doch im Verband tobt nun ein heftiger Streit, der die Beteiligten in den Ruin treiben könnte.*

10 Milan Nitzschke vergleicht die Solarindustrie gern mit dem Radsport. Hier wie dort gehe es nicht immer fair zu. „Doping zerstört den Sport“, sagt Nitzschke, und „Dumping zerstört den Wettbewerb“. Für den Präsidenten des Lobbyverbands EU ProSun ist klar: Chinesische Solarfirmen haben sich an die Weltspitze gemogelt - genauso wie sich einst Lance Armstrong oder Jan Ullrich ihre Titel bei der Tour de France erschlichen haben. Was für die gefallenen Radstars Epo, Kortison und aufputschende Amphetamine waren, sind für Chinas Photovoltaikkonzerne unbegrenzte Staatskredite. Die würden es den Unternehmen ermöglichen, Module und Solarzellen unter Herstellungskosten auf den Weltmarkt zu schleudern, meint Nitzschke. Und wer zu solch  
15 unerlaubten Hilfsmitteln greift, muss seiner Meinung nach bestraft werden - im Sport ebenso wie in der Wirtschaft.

20 Mit dieser Argumentation hat der Energiemanager das schier Unmögliche geschafft: Nitzschke überzeugte die EU-Kommission davon, dass westliche Solarhersteller, wie die 30 europäischen Photovoltaikfirmen, die er als Verbandschef vertritt, vor allzu viel billiger Konkurrenz aus Fernost geschützt werden. Seit 2013 gelten in der EU Mindestpreise auf Solarzellen und ganze Module. Wer sich nicht an die Mindestpreise hält, wird mit Strafzöllen bedacht. Ein riesiger Lobbyerfolg.

25 Doch vier Mitglieder von EU ProSun stellen jetzt die eigene Verbandsposition in einem entscheidenden Punkt infrage. In einem vertraulichen Brief an die EU-Kommission, der dem Handelsblatt exklusiv vorliegt, brechen sie die von Nitzschke aufgebaute Front auf und fordern die sofortige Abschaffung der Handelsbeschränkungen auf Solarzellen. Nur noch komplette Solarmodule, wie sie Hausbesitzer auf ihren  
30 Dächern haben, sollen geschützt sein. Damit stellen sie sich vor allem gegen Branchenriese Solarworld. Es ist das einzige Unternehmen, das die Solarzellen, den Grundstoff für die Module, in Europa im nennenswerten Maße herstellt. Alle anderen benötigen die Zellen, um Module zu bauen. „Durch die Maßnahmen auf Zellen wird der Wettbewerb ausgesetzt“, schreiben die Unternehmen in anonymisierter Form an den zuständigen Sachbearbeiter der EU-Kommission. Die Handlungsfähigkeit der europäischen Modulhersteller sei deshalb „dramatisch eingeschränkt“. Sollten die Handelsbeschränkungen auf Solarzellen nicht alsbald aufgehoben werden, „wird eine wirtschaftliche Produktion von Solarmodulen in Europa nicht mehr möglich sein“,  
35 resümieren die Firmen. Sie warnen: Durch „Zollforderungen bzw. Nachforderungen aufgrund von Nichtigkeiten“ werden die verbliebenen Modulhersteller „in den Ruin getrieben“.

45 Das Schreiben ist eine Ohrfeige für EU-ProSun-Präsident Nitzschke. Seine Arbeit in der gemeinsamen Interessenvertretung wird von den eigenen Mitgliedern konterkariert. Nitzschke forderte im Namen aller EU-ProSun-Unternehmen stets sowohl Zölle auf Zellen als auch auf Module. Der interne Zoff birgt enormes Sprengpotenzial. Ohne die Mindestpreise hätten die Europäer keine Chance, im Preiskampf gegen Chinas

50 Photovoltaikriesen Trina, Jinko oder JA Solar zu überleben. Und es besteht die akute Gefahr, dass die Zölle schon bald fallen werden. Die EU-Kommission prüft schließlich aktuell, ob die Handelsbeschränkungen für chinesische Solarprodukte verlängert werden. Bis zum Frühjahr 2017 soll es eine Entscheidung geben.

55 Die öffentliche Uneinigkeit bei EU ProSun kommt so zur Unzeit. Im Verband herrscht wegen des Vorgehens der vier abtrünnigen Firmen blankes Entsetzen. „Mit rationalen Argumenten ist das nicht erklärbar“, heißt es. Doch die Logik der Abweichler, bei denen es sich nach Informationen des Handelsblatts aus Branchenkreisen um einen der größten deutschen Solarmodulhersteller, eine kleinere deutsche Spezialfirma sowie zwei österreichische Modulproduzenten handelt, ist nachvollziehbar. „Die Zellversorgung innerhalb Europas ist schlichtweg unmöglich“, erklärt einer der Unterzeichner, der ebenso wie die meisten anderen EU-ProSun-Mitglieder nicht namentlich genannt werden möchte, da er fürchtet, andernfalls zur Zielscheibe chinesischer Behörden oder gar des Geheimdienstes zu werden. Photovoltaikzellen bilden die Basis für die Herstellung von Solarmodulen. Weil es in Europa kaum Zellkapazitäten gibt, 65 müssen beinahe alle europäischen Firmen ihre Zellen aus Fernost zukaufen.

„Wir haben Wettbewerbsnachteile, weil wir im Gegensatz zu unseren Konkurrenten im Rest der Welt keine günstigen Zellen aus China kaufen können“, erklärt Thomas Volz. Der Geschäftsführer der Astronergy GmbH, Deutschlands zweitgrößter Solarkonzern, der zum chinesischen Chint-Konzern gehört, muss stattdessen „teurere Zellen aus Taiwan“ beziehen. Die Zölle auf chinesische Solarprodukte sind für ihn ein Ärgernis. Volz zählt nicht zu den Unterstützern von EU ProSun. Er ist sogar ein erklärter Gegner. Denn seiner Ansicht nach gibt es nur einen wirklichen Profiteur der Handelsbeschränkungen: „Die Zölle auf Solarzellen kommen einem Schutz eines Quasi-Monopols gleich. Außer Solarworld gibt es keine relevanten Zellhersteller mehr in Europa.“ 75

Beim Stichwort Solarworld wird die Sache brisant. Milan Nitzschke, der Präsident von EU ProSun, ist im Hauptberuf Konzernsprecher von Europas größtem Photovoltaikkonzern. In der Öffentlichkeit fungiert Nitzschke als rechte Hand von Solarworld-Gründer Frank Asbeck. In Absprache mit Ökopionier und Sonnenkönig Asbeck hatte Nitzschke 2012 EU ProSun gegründet. Nun zeichnen sich Verfallerscheinungen im Verband ab. „Es hat richtig gekracht“, sagt ein Insider. Der Vorwurf: „Solarworld handelt rein aus Eigeninteresse.“ Der Bonner Konzern würde EU ProSun als größtes Mitglied für seine Zwecke instrumentalisieren. Alle anderen Beteiligten müssten sich den Vorgaben von Solarworld fügen. Nitzschke bestreitet die Anschuldigungen vehement: „Das ist absurd. Ich vertrete alle EU-ProSun-Unternehmen mit all ihren Interessen - größtenteils mit persönlichen Vertretungsvollmachten.“ 85

90 Zumindest jene vier Mitglieder, die sich an die EU-Kommission gewandt haben, sind da anderer Meinung. In ihrem Brief betonen sie, dass im Februar viele Modulhersteller gezwungen waren, „die Produktion zu reduzieren bzw. gänzlich einzustellen“. Der Grund: Es gab keine Zellen zu vertretbaren Preisen. In Folge standen die Bänder still. Aus dem Dilemma sehen sie nur einen Ausweg: Erst wenn die Zölle auf chinesische Zellen fallen, sei eine konstante Versorgung gesichert. 95

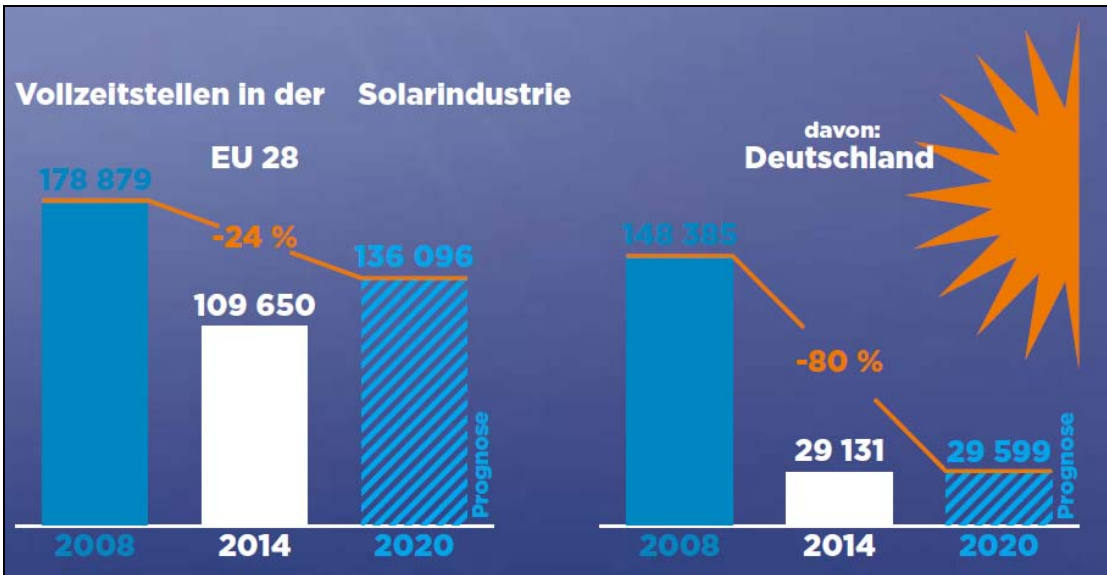
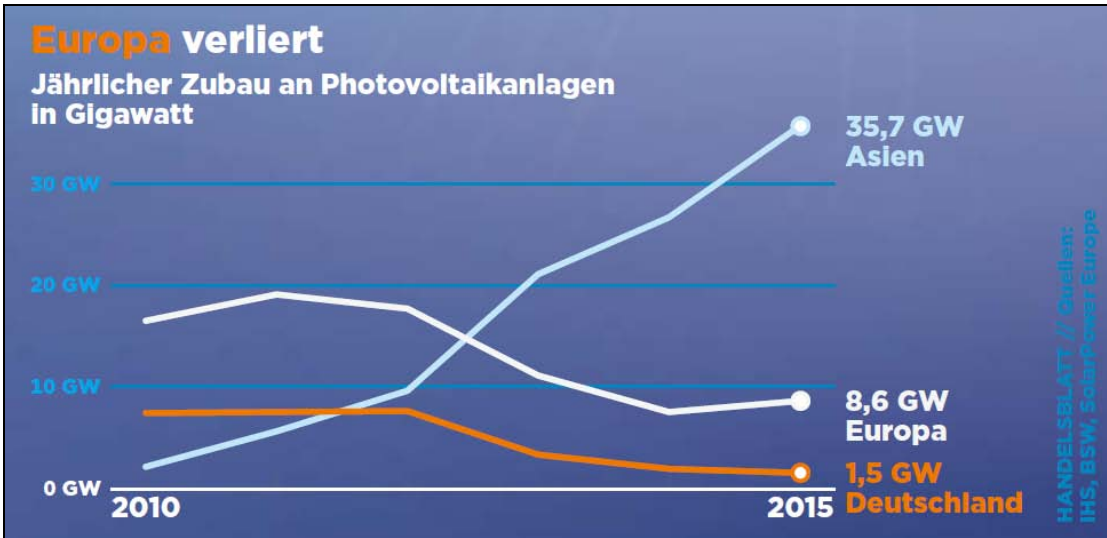
100 Nitzschke hält das für einen Trugschluss. „Die Zellfertigung ist das technologische Kernstück der Solarindustrie“, sagt er. Zwei Drittel der Wertschöpfung in der Solarindustrie stecken in der Zelle. Sie bestimme über Wirkungsgrad und Leistung ähnlich dem Motor in der Autoindustrie. „Diese Hightech-Industrie durch unfairen Wettbewerb zu gefährden, wäre fahrlässig“, erklärt Nitzschke. Er fürchtet zudem, dass eine Aufhebung der Zölle auf Zellen zum Bumerang für die Modulhersteller würde. „Eine Herausnahme der Zellen aus den Antidumpingmaßnahmen wäre nicht nur aus Sicht der europäischen Zellhersteller ein großer Fehler, sie würde auch die Maßnahmen im Modulbereich gefährden“, erklärt Nitzschke. Der Grund: Chinesische Hersteller könnten ihre Zellen dann zu „willkürlich niedrigen Preisen“ nach Europa verschiffen, um hier daraus gedumpte Module zu fertigen, die sogar das Logo „made in Germany“ tragen könnten. Gegen Solarmodule, die auf diese Art hergestellt würden, gäbe es keine Handhabe. „Die Antidumpingmaßnahmen könnten insgesamt unterlaufen werden, Zell- und Modulhersteller wären gleichermaßen betroffen“, erklärt Nitzschke. Der Manager setzt auf Durchhalteparolen und versucht jene Modulhersteller, deren Produktion teilweise stillsteht, damit zu besänftigen, dass bald neue Zellkapazitäten in Europa hinzukommen würden.

115 Tatsächlich plant beispielsweise gerade der österreichische Modulhersteller Energetica die Revitalisierung einer aufgelassenen Zellfabrik im burgenländischen Güssing. „Wir stehen in den Startlöchern, das ehemalige Werk der Firma Blue Chip Energy mit einer jährlichen Fertigungskapazität von etwa 120 Megawatt wieder hochzufahren“, sagte René Battistutti dem Handelsblatt. Der Geschäftsführer von Energetica nennt dafür allerdings eine Bedingung: „Die Zölle auf Zellen müssen bestehen bleiben.“ Mit gedumpten Waren aus China könne man nicht konkurrieren.

125 Für Battistutti geht es bei den Handelsbeschränkungen für chinesische Solarprodukte um ein grundsätzliches Problem, das weit über die Photovoltaikbranche hinausragt. „Wollen wir zulassen, dass alle Industriearbeitsplätze in Europa nach Asien verlagert werden, oder wollen wir diese Jobs in Europa erhalten?“, fragt der Manager und spricht sich klar für Schutzmaßnahmen aus. Schließlich sei fast die Hälfte der europäischen Solarindustrie bereits chinesischen Dumpingpraktiken zum Opfer gefallen.

130 Laut Berechnungen des Branchenverbands Solarpower Europe sind zwischen 2008 und 2014 in der EU insgesamt rund 70 000 Arbeitsplätze im Photovoltaiksektor verloren gegangen. China hat Deutschland längst als größte Solarnation der Welt abgelöst. Von den 15 größten Solarmodulherstellern der Welt sind zehn chinesisch. ProSun-Präsident Nitzschke mahnt deshalb: „Die Forderung, Dumping zuzulassen, ist, als ob der Freundeskreis Lance Armstrong fordert, Dopingkontrollen abzuschaffen.“ Doch bei seinen einstigen Verbündeten findet Nitzschke kein Gehör mehr. Sie kämpfen ums nackte Überleben. Da ist ihnen offenbar jedes Hilfsmittel recht.

Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 162, 23.08.2016, 14



## Solarworld: Kampf ums Überleben an vielen Fronten

5 Dass Solarworld jetzt auch noch einstige Verbündete in der Auseinandersetzung mit der chinesischen Konkurrenz in den Rücken fallen, trifft Deutschlands größten Photovoltaikkonzern schwer. Schließlich hängt der Geschäftserfolg des Bonner Konzerns „entscheidend vom Fortbestand der Zölle ab“, sagt Arash Roshan Zamir, Analyst bei Warburg Research. Doch selbst wenn die Handelsbeschränkungen auf Solarzellen- und -module aus China von der EU-Kommission über 2017 hinaus verlängert werden sollten, kämpft Solarworld noch an ganz anderen Fronten ums  
10 Überleben.

Im Rechtsstreit mit dem Siliziumhersteller Hemlock Semiconductor wurde Solarworld kürzlich erstinstanzlich dazu verurteilt, wegen nicht eingehaltener Lieferverträge umgerechnet 720 Millionen Euro Schadensersatz an den US-Konzern zu zahlen.  
15 Solarworld hat zwar gerade Berufung eingelegt, und Unternehmensgründer Frank Asbeck gibt sich betont „zuversichtlich“. Aber die Erfolgsaussichten der Bonner sind gering.

Im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung in zweiter Instanz droht Solarworld die  
20 Pleite. Die Schadensersatzforderungen von Hemlock übersteigen die liquiden Mittel (148 Millionen Euro) des einstigen Vorzeigekonzerns um fast das Vierfache. Aber auch im Tagesgeschäft läuft es für Solarworld nicht rund.

25 Ende Juli kassierte der Konzern seine Jahresprognose und schloss nicht mehr aus, dieses Jahr abermals Verluste zu schreiben. Im ersten Halbjahr 2016 kletterte der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr zwar um mehr als 36 Prozent auf 434 Millionen Euro. Aber wegen des Preisdrucks im Solarmarkt und hoher Zinszahlungen steht unter dem Strich ein Minus von 23 Millionen Euro.

30 Solarworld ist nicht konkurrenzfähig. Die Bonner sind etwa in puncto Skaleneffekte deutlich gegenüber chinesischen Konkurrenten ins Hintertreffen geraten. Die jährliche Fertigungskapazität von Solarworld ist fast vier Mal geringer als jene des Marktführers Trina Solar. Gerade aufgrund dieser Größenvorteile produzieren Chinas Top-Modulhersteller laut dem Analysehaus IHS im Schnitt um 22 Prozent billiger als  
35 westliche Hersteller wie Solarworld.

An der Börse ist Solarworld schon so gut wie abgeschrieben. Die Firma, die in  
40 Glanzzeiten mehr als 4,6 Milliarden Euro wert war, hat heute eine Marktkapitalisierung von gerade einmal 75 Millionen Euro. F. Hubik

Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 162, 23.08.2016, 15

## Ostseepipeline: Volles Rohr

Die neue Ostseepipeline stößt auf massive Widerstände. Der deutsche Gasnetzbetreiber Thyssengas hält das Projekt aber für unentbehrlich - und treibt schon eine eigene Anschlussleitung voran.

Die Feierstunde liegt nicht einmal ein Jahr zurück. Am 4. September 2015 unterzeichnete der Chef des russischen Gasproduzenten Gazprom, Alexej Miller, mit den Vorstandschefs eines prominent besetzten westlichen Konsortiums den Gesellschaftervertrag für den Bau von Nordstream 2. Mit dem Projekt soll die Kapazität der Ostseepipeline, die Gas aus Sibirien nach Europa bringt, verdoppelt werden. Vor wenigen Tagen lösten die Konsortialpartner Wintershall, Uniper, Shell, OMV und Engie, den Vertrag aber schon wieder. Sie reagierten auf Kartellprobleme. Gazprom hält zwar an dem umstrittenen Projekt fest - ein schwerer Rückschlag ist es aber allemal.

Doch ein deutsches Gasunternehmen, das an dem Pipeline-Projekt direkt nicht beteiligt ist, sondern auf das zusätzliche russische Gas aus ist, geht unverdrossen davon aus, dass es realisiert wird. „Ich bin absolut überzeugt, dass Nordstream 2 kommt“, sagt Axel Botzenhardt, Chef des deutschen Gasnetzbetreibers Thyssengas im Gespräch mit dem Handelsblatt demonstrativ. „Wir brauchen Nordstream 2.“ Botzenhardt geht sogar noch weiter und setzt selbst ein Zeichen: „Wir gehen in Vorleistung - und bringen unsere eigene Pipeline auf den Weg.“ Thyssengas will mit der neuen Leitung Baltic-Link den eigenen Gasspeicher im westfälischen Epe über eine Strecke von 100 Kilometern mit dem Speicher im niedersächsischen Rehden verbinden. Das ist quasi der Anschluss an Nordstream 2. Denn dort lagert die russische Gazprom einen großen Teil des Gases zwischen, das sie aus Sibirien nach Europa bringt. Thyssengas will gemeinsam mit Partnern rund 300 Millionen Euro in die Verbindung stecken, um einen Teil der zusätzlichen Mengen, die Nordstream 2 anliefern soll, in das eigene Versorgungsgebiet in Nordrhein-Westfalen zu bringen. Thyssengas betreibt dort, im Westen Deutschlands ein Transportnetz von 4200 Kilometern, über das es Gas an Stadtwerke und Regionalversorger verteilt. [...]

Thyssengas will ein Zeichen setzen. Denn Botzenhardt kann das zusätzliche Gas aus Russland gut gebrauchen. Bislang fließt über seine Leitungen ein großer Teil niederländisches Gas. Doch die Produktion in der niederländischen Nordsee hat den Höhepunkt überschritten. Nach Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) wird die Jahresproduktion bis zum Jahr 2030 von noch rund 70 Milliarden Kubikmeter auf knapp 20 Milliarden Kubikmeter sinken. In Deutschland wird dann praktisch nichts mehr ankommen. Die Niederlande haben schon angekündigt, den Export ab 2020 schrittweise abzusenken. „Spätestens 2030 ist Schluss“, sagt Botzenhardt. Das betreffe den Nordwesten Deutschlands, aber auch den ganzen Benelux-Raum und Frankreich. Das Problem treibt auch die Bundesregierung um. Im aktuellen Monitoringbericht, den das Bundeswirtschaftsministerium regelmäßig zur Versorgungssicherheit bei Gas erstellt, wird ausdrücklich vor dem Rückgang der Importe aus den Niederlanden gewarnt. Der Nachbar deckte im vergangenen Jahr immerhin 29 Prozent des deutschen Gasbedarfs.

Viele Alternativen, die Lücke zu schließen, gibt es nicht. Norwegen kann kaum mehr Gas produzieren. Neues Gas kommt in verflüssigter Form als LNG (Liquified Natural Gas) mit Tankern beispielsweise aus Nahost an. Verflüssigung im Exportland, Transport und die erneute Umwandlung in Gas ist aber nach wie vor teuer. „Wir werden einen Teil davon mit LNG ersetzen können - aber nicht alles“, ist Botzenhardt überzeugt. Für ihn führt deshalb kein Weg an zusätzlichem russischem Gas vorbei. „Für mich gibt es kein gutes oder schlechtes Gas“, sagt der Gasmanager. Diese Meinung wird aber nicht von jedem in Europa geteilt. Vor allem in Osteuropa wird gewarnt, Europa mache sich noch mehr von russischem Gas abhängig. Allein Deutschland deckte im vergangenen Jahr rund 40 Prozent des Bedarfs mit Gas aus Sibirien. Im Dezember wollten die Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa bei einem EU-Gipfel in der Abschlusserklärung schon festhalten lassen, dass das Projekt gegen die Interessen der EU sei. Bundeskanzlerin Angela Merkel konnte das zwar verhindern. Der polnische EU-Ratspräsident Donald Tusk kritisierte das Vorhaben aber trotzdem scharf. „Aus meiner Sicht trägt das nicht zur Diversifizierung der Energieversorgung bei“, sagte er. Das laufe den festgeschriebenen Zielen der EU-Energiepolitik zuwider. „Wir müssen europäisches Recht verteidigen.“

Insbesondere mit Blick auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine wird Nordstream 2 kritisch betrachtet. Kritiker befürchten, dass Russland mit der neuen Leitung den Transit von Gas durch die Ukraine endgültig umgehen will. „Die politische Diskussion um Nordstream 2 wird das Projekt nicht verhindern, aber verzögern“, fürchtet Botzenhardt. „Das könnte sogar eine Taktik sein.“ 2018 laufe das Transitabkommen zwischen Russland und der Ukraine aus. Falls Nordstream 2 nicht 2019 fertig sei, könnte Russland gezwungen sein, ein neues und langfristiges Transitabkommen zu schließen. „Für uns ist die Unsicherheit bei Nordstream 2 für die Planung von Baltic-Link ein Problem“, sagt der Thyssengas-Chef. Solange die neue Ostseepipeline nicht formell auf dem Weg ist, wird die Bundesnetzagentur wiederum die Leitung, die Thyssengas in Deutschland plant, nicht in den Nationalen Entwicklungsplan aufnehmen, der den Bedarf in Deutschland festhält und die Grundlage für die Genehmigung ist. Wartet das Unternehmen aber, wird die Anschlussleitung nicht rechtzeitig fertig. Schließlich sind Bau und Genehmigung an Land ohnehin aufwendiger und dürften bis zu fünf Jahre dauern. „Wenn wir nicht rechtzeitig mit dem Genehmigungsverfahren anfangen, werden wir nicht rechtzeitig fertig“, hält Botzenhardt fest. Deshalb treibt er nun eben das Projekt auch ohne formelles Plazet des Regulierers voran. „Ansonsten wird es zu knapp.“

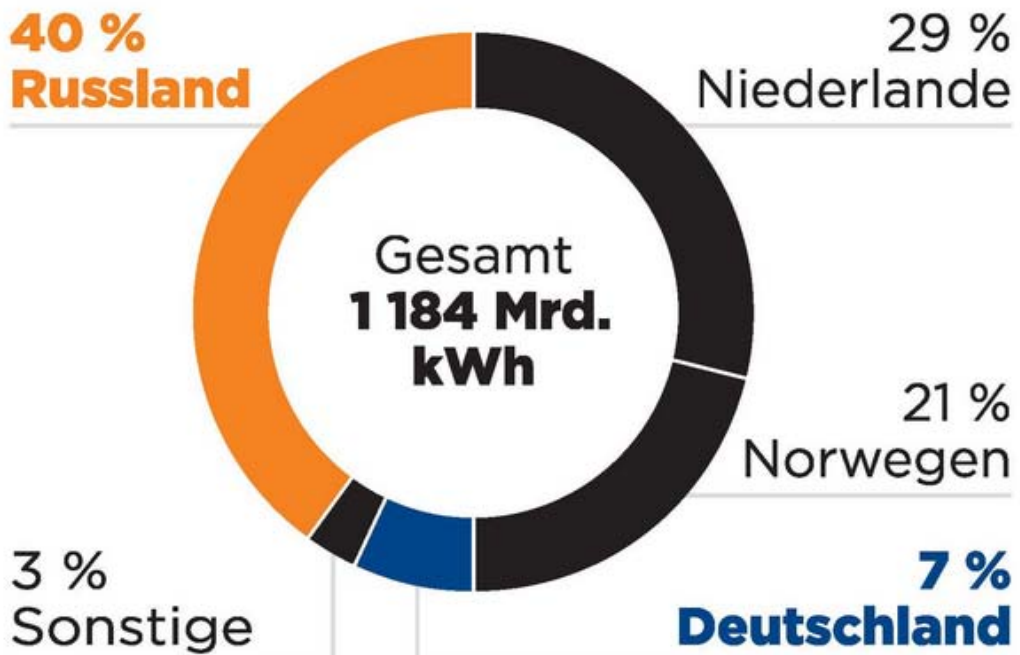
Baltic-Link kann aber nicht nur als Einbahnstraße betrieben werden, hält Botzenhardt fest: „Mit der neuen Leitung, die wir planen, können wir Wettbewerb herstellen. Dann können wir russisches Gas nach Westen bringen und LNG Gas nach Osten.“ Deshalb liegt für Deutschland im Bau der Ostseepipeline und in den sinkenden Importen aus den Niederlanden sogar eine Chance. „Deutschland kann zur Drehscheibe von Gas in Europa werden“, sagt er. Momentan finde der Großhandel vor allem in den Niederlanden statt. Das müsse aber nicht so bleiben. Künftig würden „gewaltige Mengen Gas über Deutschland fließen“. „Dann können wir auch den Handel hier machen.“

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 162, 23.08.2016, 22



# Abhängig von Russland

## Erdgasaufkommen in Deutschland nach Herkunftsländern



**HANDELSBLATT**

**Quelle:** AG Energiebilanzen

Handelsblatt Nr. 162 vom 23.08.2016  
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

## Carsharing: Freies Parken für die Auto-Teiler

5 *Nach langem Hin und Her hat die Große Koalition gemeinsam ein neues Gesetz zum Carsharing entworfen. Es sieht Privilegien vor, will die noch junge Branche aber auch regulieren. Nicht alle gewinnen.*

10 Carsharing soll die Innenstädte erobern. So rechnet es die Regierung in ihrem Entwurf für das Carsharing-Gesetz vor: Jedes Jahr soll die Zahl der Stellflächen für Carsharingstationen um 15 Prozent wachsen. Und auch die Zahl der Fahrzeuge könnte bis 2020 jährlich um elf bis 19 Prozent zulegen. Die noch junge Branche hat sich professionalisiert - und wächst auch in der Fläche. Pro Jahr sollen 50 Städte erschlossen werden, die erstmals Carsharingstationen genehmigen, prognostiziert der Carsharing-Verband. Aus Sicht von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) ist es daher höchste Zeit, die Branche auch gesetzlich zu regeln.

15 Seit 2014 berät die Große Koalition, nun liegt ein Entwurf für ein Gesetz vor, mit dem der Bund die Grundlage für die Mobilität der Zukunft in den Städten legen will. „Wir sind endlich auf der Zielgeraden“, sagt Sören Bartol, Fraktionsvize der SPD im Bundestag. Und auch Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) jubelt: „Wir wollen  
20 einen umwelt- und klimafreundlichen Verkehr. Carsharing ist dafür ein wichtiger Motor, für den wir bessere Rahmenbedingungen schaffen müssen.“ Das Mittel gegen Platzmangel und schlechte Luftqualität: Menschen sollen sich ein Auto teilen, anstatt selbst eines vor der Tür stehen zu haben, das ohnehin nur selten genutzt wird. Carsharing sei „zum Wohle der Gesellschaft“, betont Verbandsgeschäftsführer Willi  
25 Loose. „Deshalb möchten wir besser behandelt werden.“

30 Das Gesetz sieht vor, dass Kommunen künftig - wie für Elektroautos - separate Parkplätze ausweisen können, womöglich sogar kostenlos. Fahrzeuge sollen dafür mit einer Plakette an der Frontscheibe gekennzeichnet werden. Dies alles wird bundesweit einheitlich gelten und trotzdem nicht überall. Denn offen ist weiterhin, ob Bundesländer und die Kommunen die Privilegien auch umsetzen: Der Bund hat nur eingeschränkt die Kompetenz. Das Straßenverkehrsrecht fällt zwar in seinen Zuständigkeitsbereich. Doch Flächen für Abholstationen kann er nur an Bundesstraßen vergeben, denn nur dort ist auch der Bund zuständig. Um diese  
35 Flächen können sich die Anbieter künftig in Ausschreibungen bewerben. Dafür müssen sie aber umfangreiche Anforderungen in ihrem Angebot an die Kunden und bei ihrer Fahrzeugflotte erfüllen.

40 Ob die Kommunen die Privilegien auch einführen, haben sie selbst in der Hand. Länder und Kommunen hätten „großes Interesse an der Einräumung solcher Privilegien“, heißt es in der Begründung des Gesetzes. In der Praxis könnten die Vorteile für die Fahrer allerdings überschaubar ausfallen. An freie oder günstigere Parkplätze für Autofahrer, die sich ein Auto teilen, glaubt nicht einmal der Carsharing-Verband. „Ich rechne nicht damit, dass die Kommunen diese Möglichkeit  
45 nutzen werden“, sagt sein Geschäftsführer Loose. Schließlich verlören sie Einnahmen. Immerhin können Kommunen mit dem neuen Gesetz besser planen, welchen Stellenwert sie dem Carsharing einräumen wollen.

50 Die Nachfrage jedenfalls wächst. 15 400 Fahrzeuge waren 2015 im Einsatz. 430 000  
Kunden nutzten das klassische, stationsgebundene Carsharing. Das Geschäft  
beherrschen Ableger großer Mobilitätsunternehmen, vorneweg Flinkster, eine Tochter  
der Deutschen Bahn. Mit rund 3 600 Fahrzeugen an 1 000 Stationen in 200 deutschen  
Städten hat kein Konkurrent ein derart flächendeckendes Angebot. Allerdings lassen  
sich die Fahrzeuge nur für einen vorher festgelegten Zeitraum anmieten.

55 Für den Boom hingegen haben die Autohersteller gesorgt. 830 000 Kunden nutzen  
deren „Free Floating“-Angebote. Nutzer mieten Fahrzeuge spontan und stellen sie an  
einer Straße wieder ab. Bezahlt wird pro Minute oder Kilometer. BMW und Sixt  
betreiben den Marktführer DriveNow. Härtester Konkurrent ist Daimler mit Car2go.  
60 Angebote gibt es allerdings ausschließlich in Großstädten. Weil eine Fahrt mit einem  
Carsharing-Auto etwa halb so teuer ist wie eine Taxifahrt, nutzen es vor allem junge  
Fahrer. Gerade die Bequemlichkeit beim Free Floating, sagen Kritiker, sorgt dafür,  
dass die Nutzer weniger den öffentlichen Verkehr nutzen würden. Eine Studie der  
Unternehmensberatung Berylls stellte 2015 fest: „Die flexiblen Carsharing-Systeme  
65 führen eher dazu, dass die Leute mehr fahren als vorher.“ Dem widerspricht die  
Automobilindustrie. Free Floating sei „keine Konkurrenz zum ÖPNV“ und habe  
ebenfalls „Entlastungswirkungen“. So hätten zwei Drittel der Kunden von DriveNow  
und Car2go 2015 angegeben, „täglich oder mehrfach wöchentlich“ den Nahverkehr zu  
nutzen. Die Hälfte der Nutzer besäße kein Auto, und wiederum die Hälfte hätte wegen  
70 der Angebote ihr Auto abgeschafft.

Etliche Geschäftsmodelle erfasst das Gesetz auch gar nicht. Private Anbieter des  
sogenannten Peer-to-Peer-Carsharings erhalten keine Parkprivilegien. Auf einer  
Plattform vermieten Autobesitzer hier ihren Privatwagen an andere. Preise werden oft  
75 direkt vom Vermieter festgelegt. Für die Umwelt hat das System Vorteile: Die  
Betreiber müssen keine eigene Flotte auf die Straße schicken; es werden nur  
Fahrzeuge genutzt, die bereits zugelassen wurden. „Wir hätten uns darum gewünscht,  
dass auch das private Carsharing genauso gefördert wird“, erklärte eine Sprecherin des  
Start-ups Drivy, des derzeit größten Anbieters für privates Carsharing.

80 Doch der Gesetzgeber fürchtet, dass privates Carsharing missbraucht werden könnte,  
um etwa die Parkplätze zu benutzen. In den kommenden fünf Jahren wolle man  
prüfen, ob weitere Geschäftsmodelle in das Gesetz integriert werden können, heißt es  
im Gesetzentwurf.

85 Bis Ende September haben Länder und Verbände Zeit, Stellung zu dem Gesetzentwurf  
zu beziehen. Danach soll es ins Kabinett und auch im Bundestag und Bundesrat  
beschlossen werden. Im Juli 2017, so der Plan, könnte es dann in Kraft treten.

90 *Quelle: Bay, L./Delhaes, D., Handelsblatt, Nr. 164, 25.08.2016, 4/5*

HANDLSBLATT // Quelle: Unternehmen // Fotos: A.Fry/Getty Images, Henning Koser/dand, pr (2)



**Car2go**

↑  
In 7  
Städten

3 630  
Fahrzeuge  
Smart  
A-Klasse  
B-Klasse  
GLA  
CLA

 <b>Registrierung</b> 19 € keine Fixkosten	 <b>Minutentarif</b> 29 bis 34 Cent/Min.	 <b>Parken</b> 19 Cent/Min.
---	---	--------------------------------------

▶ Es werden weitere Pauschal- und Sparkete angeboten.



**Drive Now**

↑  
In 5  
Städten

3 020  
Fahrzeuge  
BMW 1er  
BMW X1  
BMW 2er  
BMW i3  
Mini (versch.  
Modelle)

 <b>Registrierung</b> Einmally 29 € keine Fixkosten	 <b>Minutentarif</b> 31 o. 34 Cent/Min.	 <b>Parken</b> 15 Cent/Min.
--	--	--------------------------------------

▶ Es werden weitere Pauschal- u. Sparkete angeboten.



**Flinkster**

↑  
In 300  
Städten

4 000  
Fahrzeuge  
Beispiele:  
Smart  
VW Polo  
Ford Focus  
Opel Ampera  
Ford Transit

 <b>Registrierung</b> 50 € (mit BahnCard kostenfrei)	 <b>Tarif</b> 1,50 € bis 8 € Je Stunde (modell- u. uhrzeitabhängig) plus 18 bis 20 Cent Verbrauchspauschale Je km	 <b>Parken</b> Keine gesonderten Gebühren
--	---	---



**Cambio**

↑  
In 19  
Städten

1 309  
Fahrzeuge  
Beispiele:  
Toyota Aygo  
Ford Fiesta  
Ford Focus  
Ford Transit

 <b>Registrierung</b> 30 € + 10 € Grundgebühr im Monat	 <b>Tarif</b> 0,50 € bis 1,70 € Je Stunde	 <b>Parken</b> Keine gesonderten Gebühren
--	---	---

▶ Hier beispielhaft der Tarif „Aktiv“, mit Preisklasse S (Ford Fiesta)

## Netzausbau: Warten auf die lange Leitung

Ohne den Ausbau des Stromnetzes kann die Energiewende nicht gelingen. Derzeit gibt es kaum eine neue Trasse, die planmäßig fertig wird. Daraus erwachsen neue Probleme. Netzbetreiber schlagen Alarm, die Politik gibt sich hilflos.

Die Leitung vom oberfränkischen Redwitz nach Schwandorf in der Oberpfalz sollte nach ursprünglicher Planung 2020 fertig sein. Aus heutiger Sicht erscheint eher 2023 realistisch. Und die Leitung vom niedersächsischen Conneforde an der Nordsee nach Merzen nahe der Landesgrenze zu NRW? Statt 2021 wird wohl frühestens 2024 Strom durch die Kabel fließen. Mit der großen, neuen Stromautobahn von Brunsbüttel in Schleswig-Holstein nach Grafenrheinfeld in Bayern, genannt „SuedLink“, ist nicht vor 2025 zu rechnen. Ursprünglich war auch diese drei Jahre früher angepeilt worden.

Die Liste der Verzögerungen ließe sich fortsetzen. Viele Projekte seien „um mehrere Jahre verzögert“, klagt Lex Hartman, Geschäftsführer bei Tennet, dem größten Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland. Bei den anderen drei Netzbetreibern - 50Hertz, Amprion und TransnetBW - sieht die Lage nicht besser aus.

Der schleppende Netzausbau wird somit zur Achillesferse der Energiewende. Der komplette Umbau des Stromversorgungssystems - weg von großen, fossilen Kraftwerken, hin zu erneuerbaren Energiequellen - kann nur gelingen, wenn auch das Stromnetz umgebaut wird. Künftig braucht Deutschland eine Reihe starker neuer Leitungen, um den Windstrom aus dem Norden und Nordosten Deutschlands in die Verbrauchszentren im Süden und Westen zu transportieren.

Das existierende Netz stößt angesichts des rasanten Ausbaus der Windkraft immer häufiger an seine Kapazitätsgrenzen. Die Betreiber müssen ständig in den Netzbetrieb eingreifen - etwa Kraftwerke ein- oder abschalten, Windparks vom Netz nehmen - , um das Netz stabil zu halten. „Das ist so, als würde man permanent mit fünf Bällen jonglieren“, heißt es bei einem Netzbetreiber. Die Kosten für diese Interventionen in den Netzbetrieb belaufen sich mittlerweile auf eine Milliarde Euro pro Jahr. Bundesnetzagentur-Präsident Jochen Homann hatte kürzlich prognostiziert, diese Kosten könnten bis 2023 auf vier Milliarden Euro jährlich steigen. Bezahlen müssen diese die Nutzer des Netzes, also die Stromverbraucher.

Auch die Zeit drängt. Spätestens am 31. Dezember 2022 sollen mit den Reaktoren Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland die letzten Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen. Bis dahin muss das neue Leitungssystem stehen. Die Aussichten, dass das gelingt, tendieren gegen null. Teure Notlösungen könnten die Folge sein.

Die Politik hat in den vergangenen Jahren zwar eine Reihe von Entscheidungen getroffen, um den Netzausbau zu beschleunigen. Es wurden Zuständigkeiten für die Genehmigung gebündelt und die Klagemöglichkeiten eingeschränkt. Aber der erhoffte Effekt ist bislang nicht eingetreten. Zwar scheinen die Zeiten vorüber zu sein, da ein Genehmigungsverfahren sich über zehn Jahre und mehr hinzog. Mit bis zu acht Jahren müssen die Netzbetreiber aber immer noch rechnen. Und außerdem sind die Vorarbeiten aufwendiger: Die Dialogverfahren mit Bürgern, Verbänden, lokaler und

50 regionaler Politik seien mittlerweile „so komplex wie nie gedacht“, heißt es bei einem  
Netzbetreiber. Tatsächlich gehen die Unternehmen mittlerweile mit größter  
Sensibilität auf die Bevölkerung zu. Das hilft zwar, den Widerstand zu minimieren,  
erfordert aber Zeit und Geld. „Wenn man als Netzbetreiber nicht bereit ist, sich auf  
echte Alternativen beim Trassenverlauf einzulassen, braucht man gar nicht erst  
anzutreten“, sagt ein Branchenmanager.

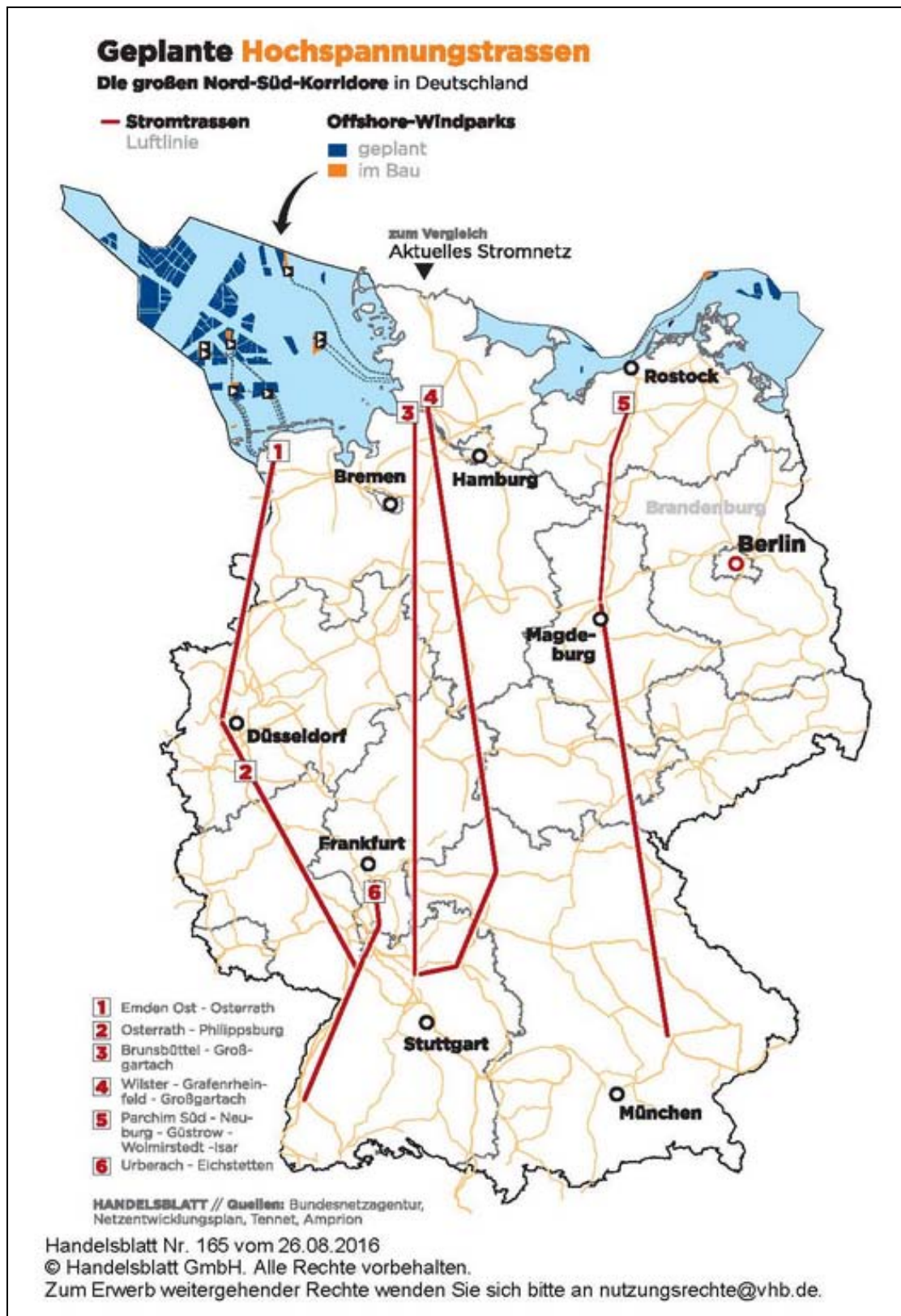
55 Den Beschleunigungsbemühungen auf der einen Seite stehen neue  
Verzögerungsfaktoren auf der anderen Seite gegenüber. So hatte die Bundesregierung  
im vergangenen Jahr - nicht zuletzt auf Druck Bayerns - entschieden, die großen  
Stromautobahnen überwiegend unterirdisch zu verlegen. Bisherige Planungen waren  
60 damit obsolet. Die Netzbetreiber mussten neu beginnen. Außerdem beklagen die  
Unternehmen, es mangle in den Behörden an Personal. „Wenn der zuständige  
Sachbearbeiter langwierig erkrankt ist, dann bleiben die Unterlagen einfach  
monatelang liegen“, heißt es bei einem Netzbetreiber.

65 Im Bundeswirtschaftsministerium ist man sich der Probleme durchaus bewusst.  
Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) habe zuletzt immer wieder betont,  
dass man beim Netzausbau schneller vorankommen müsse, heißt es aus seinem  
Ministerium. Dazu müssten Netzbetreiber, Bund, Länder und die Gesellschaft an  
einem Strang ziehen.

70 Die Netzbetreiber überzeugt das nicht. Sie sehen sich mit kaum lösbaren Problemen  
konfrontiert und müssen Verzögerung auf Verzögerung verkraften. Mittlerweile  
strahlt das Problem auch über die Landesgrenzen hinaus. Den Grundsätzen des  
Binnenmarktes zufolge müsste etwa ein Stromerzeuger aus Dänemark seinen Strom  
75 an Kunden nach Italien liefern und dazu das deutsche Netz nutzen können. Doch in  
der Praxis funktioniert das oft nicht, weil das deutsche Netz hoffnungslos überlastet  
ist. In den Nachbarländern wächst der Ärger; die EU-Kommission beobachtet die  
Entwicklung. Selbst in Norwegen macht man sich Gedanken über die Entwicklung in  
Deutschland: „Ich beobachte, dass einige Projekte in Deutschland länger dauern als  
80 geplant“, sagt Auke Lont, Chef des staatlichen norwegischen Netzbetreibers Statnett.  
„Das ist ein Grund zur Besorgnis. Und es kann ein Problem werden“, sagt Lont.

85 Statnett ist von dem Problem selbst betroffen. Mit Tennet und der KfW will das  
Unternehmen ein Unterseekabel von Norwegen nach Deutschland legen. Das Ziel ist  
es, Strom aus norwegischen Wasserkraftwerken nach Deutschland zu leiten. Doch  
wenn der Strom aus Norwegen in Deutschland nicht weiterverteilt werden kann, ist  
das Unterseekabel schlicht nutzlos.

*Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 165, 26.08.2016, 8*



## Lex Hartman (Tennet): „2025 oder später“

*Der Tennet-Vorstand über die Verzögerungen beim Ausbau der Stromnetze.*

- 5 Der Niederländer Lex Hartman ist Mitglied der Geschäftsführung von Tennet, Deutschlands größtem Stromnetzbetreiber. Der 59-jährige Manager hadert mit den langwierigen Genehmigungsverfahren.

*Herr Hartman, wie viel Geld wird Tennet in den kommenden Jahren investieren?*

- 10 Wir kalkulieren in den kommenden zehn Jahren mit Investitionen in Höhe von 22 Milliarden Euro. Davon entfällt der mit weitem Abstand größte Teil auf den Ausbau des Netzes in Deutschland, ein kleinerer Teil fließt ins niederländische Netz. 2015 haben wir in Deutschland knapp zwei Milliarden Euro investiert; das dürfte dieses Jahr ähnlich sein.

15

*Trotz aller Investitionen geht der Netzausbau in Deutschland nicht so schnell voran, wie es erforderlich wäre. Woran liegt das?*

- Wir sind abhängig von verschiedenen Faktoren, etwa von der Dauer der Genehmigungsverfahren. Bei einigen Projekten geht es schnell, zum Beispiel bei der Leitung von Thüringen nach Redwitz in Bayern. Bei anderen dauert es lange, etwa bei der Leitung Ganderkesee-Wehrendorf in Norddeutschland. Dort hat das Genehmigungsverfahren am Ende 13 Jahr gedauert. Das sprengt jeden Zeitrahmen.

20

*Gibt es Projekte, bei denen Sie im Zeitplan liegen?*

- 25 Ja, die gibt es. Aber viele Projekte sind teils um mehrere Jahre verzögert. Das hat mit Dingen wie dem Erdverkabelungsgesetz zu tun, mit Widerständen in der Bevölkerung, oft fehlender Unterstützung der Politik und mit den daraus resultierenden Verzögerungen bei der Genehmigung.

- 30 *Welche Zusatzkosten verursacht die Erdverkabelung?*

Wir gehen zum Beispiel bei SuedLink von Zusatzkosten in Höhe von bis zu zehn Millionen Euro je Kilometer aus.

*Drei der geplanten Gleichstromtrassen haben eine Länge von knapp 2000 Kilometern.*

- 35 *Muss man mit Extrakosten von 20 Milliarden Euro für die Verkabelung rechnen?*

Das kann man so nicht sagen. Wir planen unsere Gleichstrom-Verbindungen als Erdkabeltrassen. Die gesetzliche Regelung lässt aber auch zu, dass einzelne Abschnitte ausnahmsweise oberirdisch gebaut werden könnten. Und die Gleichstrom-Verbindung im Westen wird teils auf bestehenden Masten realisiert. Dann kommt es auch auf die Entwicklung auf dem Kabelmarkt an. Das alles hat Einfluss auf die Kosten.

40

*Lässt sich das von der Politik anvisierte Ziel, den größten Teil des Netzausbaus bis zur Abschaltung des letzten Kernkraftwerks 2022 zu bewältigen, erreichen?*

- 45 Nein. Viele wichtige Leitungen werden erst 2025 oder später fertig sein.



*Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wird der Ausbau der Windkraft in bestimmten Regionen gedeckelt, weil es dort an Netzkapazitäten fehlt. Sind die Netzbetreiber die Bremser der Energiewende?*

- 50 Nein. Aber bei den Ausbauzielen sind wir auf der Überholspur. Da ist es richtig, wenn künftig der Ausbau der erneuerbaren Energien in bestimmten Regionen etwas langsamer beschleunigt wird. Das Auseinanderdriften des Ausbaus erneuerbarer Energien und des Netzausbaus beklagen wir seit langem. Trotzdem sind im Norden Deutschlands munter Windräder gebaut worden, obwohl seit langem klar ist, dass der
- 55 erforderliche Netzausbau langsamer ist.

*Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 165, 26.08.2016, 9*

## Stromspeicher: Lukrativer Zweitmarkt für Autohersteller

5 Egal, ob Tesla, Daimler oder BMW: Um ihre Elektroantriebe querzufinanzieren, drängen die Autohersteller verstärkt in den Energiesektor. Lithium-Ionen-Akkus können schließlich auch als stationäre Speicher genutzt werden. Und weil die Batteriepreise stetig purzeln, ergeben sich auch hier völlig neue Geschäftsmodelle. Die Unternehmensberatung Ernst & Young sieht gar „goldene Zeiten“ für Ausrüster und Hersteller aus der Stromspeicher-Industrie anbrechen. Der Grund: Es lohnt sich beispielsweise zunehmend, Solarstrom vom Dach zu puffern und selbst zu  
10 verbrauchen.

Fernseher, Laptop und Kühlschrank lassen sich so auch nachts, wenn keine Solarenergie produziert wird, mit günstiger Elektrizität versorgen. Die Alternative dazu wäre Strom vom Energieversorger. Doch der ist teils doppelt so teuer wie die  
15 eigens produzierte Sonnenenergie. Solarstrom ins Netz einzuspeisen wird zudem immer unattraktiver - die Bundesregierung hat die staatlich garantierten Vergütungen massiv gedrosselt - von einst mehr als 50 Cent pro Kilowattstunde auf aktuell weniger als elf Cent.

20 Spätesten ab 2019, so schätzen die Energieexperten von PwC, soll es wirtschaftlich Sinn ergeben, sich eine Photovoltaikanlage in Kombination mit einem Lithium-Ionen-Akku zu kaufen oder bereits bestehende Solarpaneele mit einem Batteriespeicher aufzurüsten. In anderen Bereichen rentieren sich Lithium-Ionen-Akkus aber schon heute - als Ersatz von Dieselgeneratoren etwa. Große Unternehmen können zudem  
25 ihre eigenen Energiekosten mit Batteriespeichern drastisch reduzieren.

Das größte Potenzial besteht hierbei beim sogenannten „peak shaving“. Dabei wird Strom aus dem Netz in Lithium-Ionen-Akkus gespeichert, wenn die Strompreise gering sind. Das ist etwa häufig am Wochenende oder in der Nacht der Fall, da zu  
30 dieser Zeit viele Fabriken stillstehen und die Energienachfrage gering ist. Unter der Woche, in Zeiten gesteigerten Bedarfs und hoher Strompreise, wird die zuvor gepufferte Energie wieder aus den Batterien entnommen. Die Differenz zum Tarifpreis ergibt den Einspareffekt. Und der ist beachtlich.

35 Allein in Deutschland könnten Firmen nach Berechnungen von Ernst & Young ihre Energiekosten pro Jahr um mehr als 15 Milliarden Euro senken. Voraussetzung dafür ist, dass die Unternehmen im großen Stil auf eine Kombination aus Photovoltaikanlagen, Batteriespeichern und Blockheizkraftwerken setzen.

40 Noch ist der Markt für Lithium-Ionen-Akkus im Energiebereich sehr überschaubar. Bis Ende 2015 haben sich gerade einmal 32 000 Haushalte oder Firmen einen Batteriespeicher angeschafft. Die Analysten von Lux Research erwarten aber, dass sich der Markt für Lithium-Ionen-Akkus vervielfachen und bis 2030 ein Volumen von zehn Milliarden Dollar erreichen wird.

45 Karl-Heinz Pettinger ist da skeptischer. „Bei der Elektromobilität führt an Lithium-Ionen-Zellen kein Weg vorbei, aber bei stationären Speichern sollte man den Hype überdenken“, sagt der Professor für elektrische Energiespeicher an der Hochschule Landshut. Pettinger ist überzeugt, dass sich im Energiesektor andere  
50 Batterietechnologien durchsetzen werden, da Lithium-Ionen-Zellen vergleichsweise störanfällig sind. Robustere Akkus wie Redox-Flow-Batterien, die weniger Teile haben, geringere Fehlerraten im Betrieb aufweisen und dadurch leichter zu  
assemblieren sind, werden sich mittelfristig eher durchsetzen. Schlicht und einfach, weil sie am Ende billiger sein werden, glaubt Pettinger. Franz Hubik

55 *Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 165, 26.08.2016, 15*

## Bei RWE geht endlich die Sonne auf

*Vorstandschef Terium kauft eine Solarfirma - und schließt damit eine Lücke, die sein Vorgänger Großmann hinterlassen hat.*

5

Der Ex-Chef von RWE, Jürgen Großmann, war stets ein Freund klarer Positionen und noch klarerer Worte. Der Zweimetermann kämpfte wie kein zweiter Energiemanager gegen den Atomausstieg und für Kohlekraftwerke. Eine klare Meinung hatte Großmann auch zur Solarenergie, die in Deutschland dank üppiger staatlicher Unterstützung einen gewaltigen Boom erlebte: Die Förderung und Nutzung der Solarenergie sei im trüben Deutschland, so sinnvoll „wie Ananas züchten in Alaska“, hatte Großmann noch Anfang 2012 geätzt - wenige Monate bevor er das Amt an Peter Terium übergab.

15

Der Niederländer hat zwar jahrelang Seite an Seite mit Großmann gegen den Atomausstieg und für die Kohle gekämpft. Den Sinn und Zweck der Photovoltaik schätzt Terium aber heute komplett anders ein als sein Ex-Chef. Unter Teriums Ägide gab die RWE-Tochter Innogy am Montag die Übernahme einer Solarfirma bekannt: der Belectric Solar & Battery Holding GmbH. Die Tochter der mittelständischen Belectric-Gruppe ist spezialisiert auf den Bau und Betrieb von Freiflächen-Solkraftwerken und auf die Technologie zum Speichern von Energie in großen Batterien. Das Volumen des Deals ist verglichen mit den Milliardenengeschäften, die RWE früher tätigte, bescheiden: Der Kaufpreis liegt im hohen zweistelligen Millionen-Euro-Bereich. Trotzdem ist die Übernahme bemerkenswert. Zum einen ist die Finanzlage des Energiekonzerns inzwischen so angespannt, dass RWE sich selbst solch eine Übernahme gut überlegen muss. Die Essener drücken hohe Schulden, und im bisherigen Kerngeschäft, dem Betrieb großer Kraftwerke, brechen die Gewinne weg. Zum anderen passt die Übernahme gut in die Wachstumsstrategie, die Terium ausgegeben hat.

20

Im Frühjahr spaltete RWE das Zukunftsgeschäft mit der Energiewende - die Bereiche erneuerbare Energien, Vertrieb und Netze - in das neue Unternehmen Innogy ab, während sich die RWE AG operativ nur noch auf die konventionelle Stromproduktion und den Großhandel konzentriert. Ende des Jahres will Terium zehn Prozent der Innogy-Aktien an der Börse platzieren. Er selbst will sich dann auf die Führung der Tochter konzentrieren.

25

Mit der Übernahme der Belectric-Sparte betreibt Terium bei den potenziellen Investoren Werbung für die neue Aktie. Das Unternehmen passt auch strategisch gut ins Portfolio. RWE hat zwar schon in Großmanns Ära in erneuerbare Energien investiert, allerdings vorrangig in Windkraftanlagen an Land und auf hoher See. Photovoltaik wurde dagegen entsprechend der Spötterei des Ex-Chefs vernachlässigt. „Wir schließen damit eine Lücke“, betont nun ein Manager des Konzerns.

30

35

40

45 Belectric hat das Geschäft mit der Solarenergie im Gegensatz zu RWE schon vor  
mehr als 15 Jahren erkannt. Das Unternehmen hat 280 große Solarkraftwerke auf  
freien Flächen oder den Dächern von zum Beispiel Fabrikgebäuden gebaut. Die  
installierte Kapazität von 1,5 Gigawatt entspricht der Leistung eines großen  
Atomkraftwerks. Das Unternehmen ist dabei neben Europa auch in den USA, dem  
50 Mittleren und Nahen Osten sowie Indien und Südamerika tätig. Gleichzeitig  
entwickelt Belectric schlüsselfertige Großbatteriespeicher. Das Unternehmen hat  
eigene Werke in Deutschland und Indien.

Zwar wird die Solarförderung in Deutschland - ganz in Großmanns Sinn - inzwischen  
55 gedrosselt. Weltweit boomt Photovoltaik aber wie nie zuvor. Wurden 2015 bereits  
Solaranlagen mit einer Kapazität von rund 59 Gigawatt neu installiert, dürfte die  
globale Nachfrage bis 2019 auf mehr als 81 Gigawatt pro Jahr ansteigen. Das  
Analysehaus IHS prophezeit einen „Goldrausch“ in den nächsten Jahren, da die Preise  
für Module und Zellen jährlich teilweise um zweistellige Prozentsätze pro Jahr sinken.  
60 Der Wachstumstreiber sind dabei große Freiflächensolarparks - sie machen etwa zwei  
Drittel des Gesamtmarktes aus.

Batterien gelten ohnehin als Schlüsseltechnologie für die Energiewende. Sie könnten  
das Problem lösen, dass das Angebot von Wind- und Solarenergie abhängig vom  
65 Wetter stark schwankt. Auch hier sinken die Kosten und damit ergeben sich neue  
Geschäftsmodelle - auch für klassische Versorger wie RWE. Stromspeicher, wie sie  
Belectric herstellt, könnten sie beispielsweise Großkunden anbieten, um abhängig  
vom Angebot an grünem Strom den überschüssigen Strom zu speichern oder bei  
Knappheit Strom aus den Speichern zu entnehmen. RWE könnte am  
70 Speichermanagement Geld verdienen.

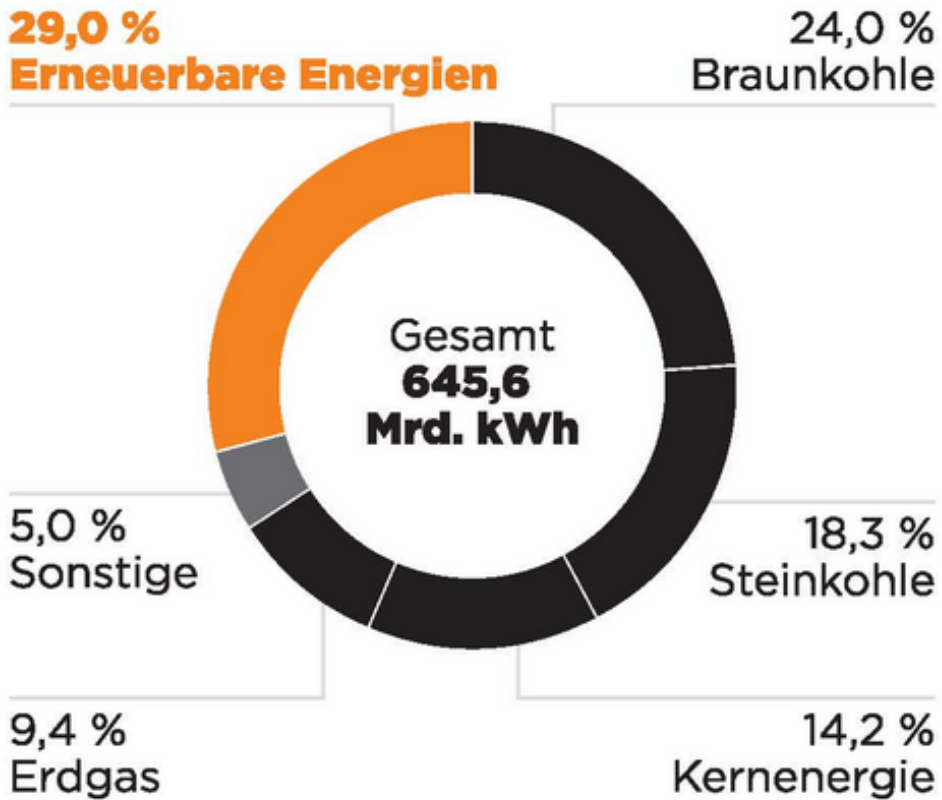
Terium klingt angesichts dieser Aussichten ganz anders als sein Vorgänger  
Großmann: „Mit Belectric übernehmen wir ein innovatives Unternehmen, das sich  
eine international starke Marktstellung erarbeitet hat.“

75

*Quelle: Hubik, F./Flauser, J., Handelsblatt, Nr. 167, 30.08.2016, 20*

## RWE mit **kleinem Beitrag**

Bruttostromerzeugung 2015  
in **Deutschland** nach Energieträgern



Stromproduktion von **RWE** in Mrd. kWh  
und **Anteil der erneuerbaren Energien**



**HANDELSBLATT**

**Quelle:** BDEW, AGE, RWE

Handelsblatt Nr. 167 vom 30.08.2016

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

## Ökostromabgabe: Gabriel rettet Privilegien der Industrie

5 *Eigene Kraftwerke von Unternehmen bleiben von der Ökostromabgabe befreit. Die Europäische Union setzt allerdings eine Kürzung der Subventionen für neue Anlagen durch.*

Die Europäische Union und Deutschland haben ihren Streit über Strompreisprivilegien der Industrie beigelegt. Eigene Kraftwerke der Konzerne blieben auch künftig von der Ökostromabgabe befreit, sagte Wirtschaftsminister 10 Sigmar Gabriel (SPD) am Dienstag in Berlin. Dies betreffe die bestehenden sogenannten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK), die die Masse der Industriekraftwerke bilden. Sie produzieren neben Strom auch Wärme, die in den Fabriken benötigt wird.

15 „Mit der erzielten Verständigung schaffen wir Planungssicherheit für Unternehmen“, sagte der SPD-Chef. Damit würden die Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Branchen und Arbeitsplätze gesichert. Das Wirtschaftsministerium hatte EU-Forderungen nach einer höheren Umlage, die für die Industrie Mehrkosten von 760 Millionen Euro jährlich bedeutet hätte, strikt abgelehnt. Neue KWK-Anlagen werden 20 ab 2017 mit 40 Prozent der Umlage belastet, was auch der Bund so geplant hatte. Modernisierte Kraftwerke müssen 20 Prozent zahlen. Hier hat sich die Regierung weitgehend gegen die EU durchgesetzt.

25 Auf der anderen Seite wird aber die bisherige Subventionierung der Kraft-Wärme-Kopplung in der Industrie stark eingeschränkt: Neue KWK-Kraftwerke mit einer Leistung zwischen einem und 50 Megawatt, die typisch für Industrieanlagen sind, müssen ausgeschrieben werden. Wer die geringsten Subventionen verlangt, erhält den Zuschlag. Dieses Prinzip hat die EU bereits beim Neubau größerer Solar- und 30 Windkraftwerke durchgesetzt. Allerdings muss dann der so subventionierte Strom auch ins Netz eingespeist werden, zur Eigenstromversorgung dürfen die geförderten Anlagen gar nicht mehr genutzt werden.

Mit der Befreiung von der Ökostromumlage und der Neubaubsubvention war die Industrie praktisch doppelt bevorzugt, was jetzt beendet werden soll. Einen 35 entsprechenden Gesetzentwurf will Gabriel im September vorlegen, um das Ja der EU für das Gesamtpaket zu erreichen.

Die Bundesregierung hatte bereits 2014 nach monatelangem Ringen um das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Ökostromförderkosten die Privilegien 40 für die Industrie weitgehend verteidigt. Allerdings hatte die Kommission Ausnahmen von der Umlage auf den selbst erzeugten Industriestrom damals nur für eine Übergangszeit bis 2017 gebilligt. Rund ein Viertel des gesamten von der Industrie verbrauchten Stroms wird in eigenen Kraftwerken erzeugt. Gerade für die Chemie- und Stahlindustrie haben die Eigenkraftwerke eine große Bedeutung.

- 45 Der Chemieverband VCI äußerte sich trotz der Förderkürzungen für Neubauten erleichtert: „Es ist gut für die Wettbewerbsfähigkeit vieler Industriestandorte, dass der Wirtschaftsminister den Bestandsschutz wahren konnte“, sagte VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann. Die Grünen kritisierten hingegen, die umweltfreundliche KWK-Technologie werde so gegen die Wand gefahren. Die
- 50 Ausschreibungen sorgten für Aufwand und Planungsunsicherheit und bremsten den Ausbau, sagte die Energieexpertin der Partei, Julia Verlinden.

*Quelle: Reuters, Handelsblatt, Nr. 168, 31.08.2016, 11*



## Netzbetrieb: Angst vor dem Kurzschluss

Die Bundesnetzagentur will die Renditen der Betreiber von Strom- und Gasnetzen drücken. Eon, RWE, aber auch Hunderte Stadtwerke fürchten drastische Gewinneinbußen - und protestieren.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) vertritt die gesamte Branche vom kleinen Gemeindewerk bis zu den großen Energiekonzernen Eon und RWE. Im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) sind 1 400 Stadtwerke und Regionalversorger organisiert. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi streitet für 200 000 Beschäftigte bei kleinen und großen Versorgern. Wenn die Geschäftsführer von BDEW und VKU, Stefan Kapferer und Katherina Reiche, gemeinsam mit Verdi-Chef Frank Bsirske einen Appell formulieren, steht dahinter also die gesammelte Macht der Energiebranche. Vor wenigen Tagen haben die drei Interessenvertreter einen gemeinsamen Brief formuliert, der dem Handelsblatt vorliegt. Adressat des Schreibens ist der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann: Er will die Gewinne der Strom- und Gasnetzbetreiber um eine Milliardensumme drücken, um die Kunden zu entlasten. Dagegen läuft die Branche Sturm.

Homann will die Entgelte senken, die die knapp 900 Strom- und die rund 700 Gasnetzbetreiber in Deutschland von Versorgern verlangen dürfen, die Strom oder Gas über die Leitungen transportieren. Und zwar drastisch: Den Betreibern soll bei neuen Anlagen nur noch eine Verzinsung des Eigenkapitals von 6,91 Prozent und bei alten Anlagen von 5,12 Prozent zugebilligt werden. Derzeit betragen die Zinssätze 9,05 Prozent für Neuanlagen und 7,14 Prozent für Altanlagen. Die für die Entgelte maßgeblichen Renditen würden um 24 beziehungsweise 28 Prozent sinken. Die Branche müsste gewaltige Einbußen verkraften: Allein im Stromsektor summieren sich die Netzentgelte derzeit auf rund 16,3 Milliarden Euro pro Jahr.

Bsirske, Kapferer und Reiche warnen in ihrem Brandbrief vor „massiven Auswirkungen auf die Erlössituation“ der privaten sowie der kommunalen Strom- und Gasnetzbetreiber: „Die von der Bundesnetzagentur vorgeschlagene Methode vernachlässigt die tatsächlichen Risiken der Netzbetreiber und benachteiligt deutsche Netzbetreiber gegenüber Netzbetreibern in Europa“, heißt es darin. Die Branche hofft, die vorläufigen Pläne noch entscheidend abzuändern. In ihrem Schreiben fordern die Interessenvertreter, bei den Zinssätzen „einen um mindestens einen Prozentpunkt höheren Wert zu berücksichtigen“.

In Kürze wird mit einem endgültigen Bescheid gerechnet - und Chefregulierer Homann zeigt sich von den Appellen bislang unbeeindruckt: „Mit der beabsichtigten Absenkung der Verzinsung für das Eigenkapital, das in die Stromnetze investiert wird, vollziehen wir die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt nach“, sagte er dem Handelsblatt: „Investitionen in die Infrastruktur für die Energiewende bleiben trotz der abgesenkten Rendite attraktiv.“ Homann hat die Interessen der Verbraucher im Blick. Die bezahlen die Netzentgelte über die Energierechnung. Sinken die Entgelte, sinken die Strom- und Gaspreise.

50 Nach Berechnungen des BDEW ist der Effekt aber gering. Ein typischer Privathaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3 500 Kilowattstunden Strom würde pro Jahr um 5,30 Euro entlastet - bei einer Rechnung von knapp 1 000 Euro.

55 Für die Branche summieren sich die Einbußen aber auf einen Milliardenbetrag. Dabei stecken die Unternehmen ohnehin auf breiter Front in der Krise. Die einstigen Gewinnbringer, die Kohle- und Gaskraftwerke, sind durch die Energiewende fast wertlos geworden. Die Einnahmen aus dem Netzbetrieb waren zuletzt die einzig verlässliche Konstante. Wenn jetzt auch hier die Gewinne bröckeln, trifft das Kommunalversorger genauso wie Eon und RWE. „Das ist ein großes Thema“, betonte noch in diesen Tagen ein hochrangiger Eon-Manager. Das Problem: Eon wie RWE versuchen den Neustart versuchen den Neustart und wollen durch spektakuläre  
60 Aufspaltungen eigentlich neue Kräfte freisetzen. Eon bringt in wenigen Tagen die notleidenden Kraftwerke im neuen Unternehmen Uniper an die Börse und konzentriert sich auf das Geschäft mit der Energiewende: erneuerbare Energien, Vertrieb und Netze. RWE hat wiederum die Zukunftssparten in ein neues Unternehmen ausgegliedert: Innogy soll Ende des Jahres an die Börse.

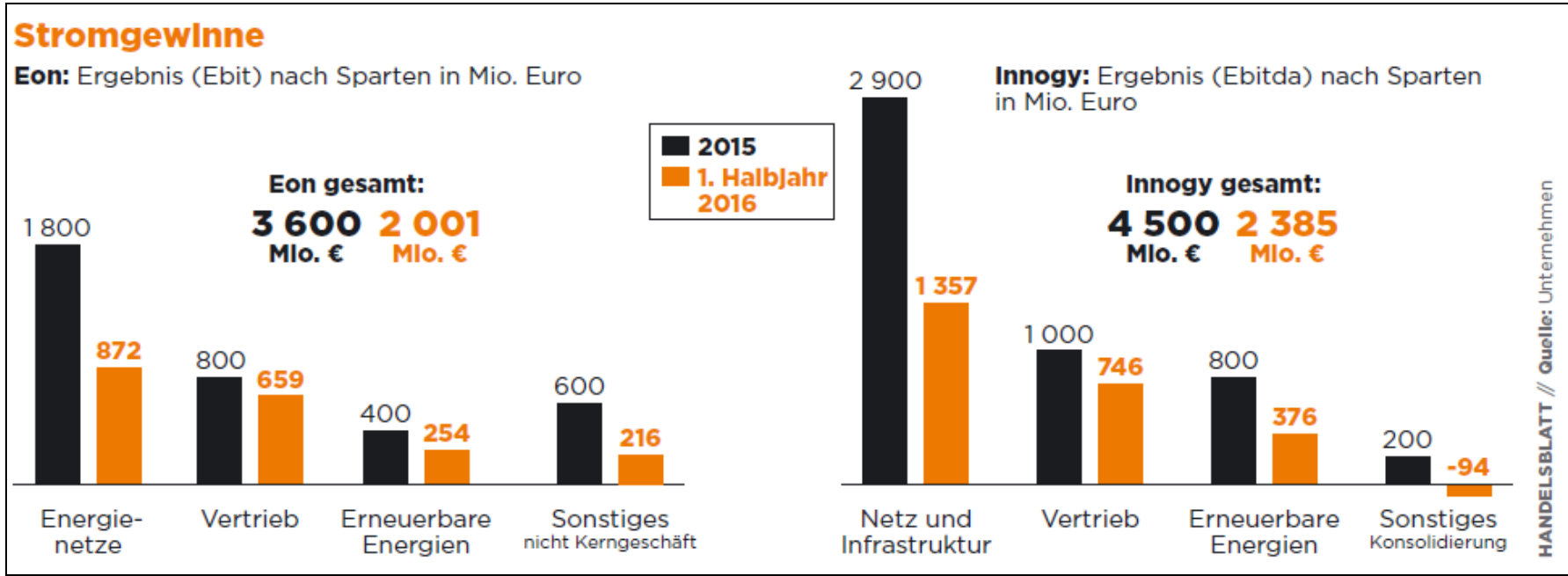
65 Beide Unternehmen, die neue Eon und Innogy werden zwar vor allem mit grüner Stromerzeugung in Verbindung gebracht. Tatsächlich liegt ihr größter Wert aber in den Strom- und Gasnetzen. Eon betreibt allein in Deutschland 383 000 Kilometer Stromleitungen, bei Innogy sind es 356 000 Kilometer. 2015 erwirtschaftete Eon in  
70 der Netzsparte ein Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) von 1,8 Milliarden Euro - und damit die Hälfte des gesamten Ergebnisses. Innogy weist für die Sparten das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) aus. 2015 lag es im Netzgeschäft bei 2,9 Milliarden Euro - rund zwei Drittel des Gesamtergebnisses. Entsprechend stellen Eon-Chef Johannes Teyssen und RWE-Chef Peter Terium, der  
75 sich nach dem Börsengang auf die Leitung von Innogy konzentrieren will, gegenüber Investoren die Ertragskraft der Netze heraus. „Das Netzgeschäft steht für Stabilität des zukünftigen Geschäftsmodells der Innogy. Es wird - Stand heute - mehr als 60 Prozent des Ebitda ausmachen“, betont Terium, „ein berechenbarer regulatorischer Rahmen sorgt hier für sichere und stabile Erträge.“

80 Früher galt die Regulierung durch Aufsichtsbehörden wie die Bundesnetzagentur als Manko. Jetzt betonen Eon und RWE sogar, dass mehr als die Hälfte des Geschäfts „reguliert oder quasireguliert“ ist. In einer Zeit, in der die Gewinne in der Stromproduktion wegbrechen, gilt das Netzgeschäft, in dem die Entgelte zwar  
85 gedeckelt, aber auch kalkulierbar sind, plötzlich als attraktiv. Terium will ausdrücklich Investoren anlocken, die auf stabile Renditen Wert legen. Mit den von Chefregulierer Homann geplanten Einschnitten verlieren die Argumente von Teyssen und Terium aber an Überzeugungskraft. Der Vergleich mit der Zinsentwicklung am Kapitalmarkt stelle eine unzulässige Verkürzung dar, hält ein einflussreicher  
90 Branchenmanager deshalb entgegen - und räumt ein: Wenn die Pläne des Regulierers Realität würden, rutsche Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern an den unteren Rand der Netzrenditen: „Warum soll ein Geldgeber nach Deutschland gehen, wenn er in einem europäischen Nachbarland mehr Geld verdienen kann?“

95 Teysen bezifferte die Einbußen, die alleine auf Eon zukommen würden, falls es bei  
den geplanten Zinssätzen bleibt, vor kurzem schon auf „100 bis 200 Millionen Euro“.  
„Wir beteiligen uns an den aktuell laufenden Beratungen und hoffen, dass unsere  
Argumente für eine höhere Verzinsung noch zu einer Verbesserung führen“, sagte  
100 Teysen - und stellte dabei ein übergeordnetes Interesse heraus. Eon mache das „nicht  
als Selbstzweck, sondern weil wir fest davon überzeugt sind, dass Investitionen in die  
Netze essenziell sind für das Gelingen der Energiewende“.

Mit der Energiewende wird die Stromerzeugung schließlich nicht nur grüner, sondern  
auch dezentraler. Selbst Privathaushalte wollen ihren Solarstrom einspeisen - und sind  
105 auf den Ausbau des Verteilnetzes angewiesen. „Unsere Netze sind das Internet der  
Energiewende“, warb Teysen um Verständnis, „sie und die Dienstleistungen, die sie  
erbringen, sind ihren Preis wert“. Es ist allerdings fraglich, ob Chefregulierer Homann  
das auch so sieht.

110 *Quelle: Flauger, J./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 170, 02.09.2016, 20*



## Strom- und Gasnetz: „Staatlich garantierte Traumrenditen“

5 *Der Bundesverband Neue Energiewirtschaft und der Ökostromanbieter Lichtblick greifen die Netzbetreiber an. Sie sehen ein Einsparpotenzial für die Verbraucher von bis zu sechs Milliarden Euro.*

10 Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, hat in den vergangenen Wochen viel Post aus der Energiebranche bekommen - mit zum Teil fundamental unterschiedlichem Tenor. Anlass des regen Briefverkehrs: Homann will die Entgelte drücken, die die Netzbetreiber von Energielieferanten für die Nutzung der Strom- und Gasleitungen verlangen dürfen. Dagegen protestieren die Netzbetreiber. So haben  
15 jüngst der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und die Gewerkschaft Verdi einen gemeinsamen Appell gestartet: Die Bundesnetzagentur müsse die Pläne abmildern, fordert die schlagkräftige Allianz.

20 Die beiden Verbände und Verdi sprechen mit ihrem Aufruf aber nicht für die gesamte Energiewirtschaft: „Wir begrüßen die Zinssenkungen. Sie sind jedoch nicht ausreichend“, fordert nun der Ökostromanbieter Lichtblick in einem eigenen Schreiben an Homann, das dem Handelsblatt vorliegt. Das Hamburger Unternehmen, das grünen Strom an Hunderttausende Haushalte liefert, untermauert seine Forderung mit zwei Gutachten und steht ebenfalls nicht allein. Es wird vom Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) unterstützt. Er vertritt die neuen Wettbewerber, die seit  
25 der Liberalisierung Ende der 90er-Jahre den großen Energiekonzernen und den Stadtwerken Kunden abnehmen.

30 Die Bundesnetzagentur setzt mit ihren Plänen schließlich an einem für den Energiemarkt zentralen Punkt an. Die Strom- und Gasnetze gehören Stadtwerken und Energiekonzernen, die in ihren Gebieten eine Monopolstellung haben. Sie dürfen von den Energieanbietern, die Strom- und Gaskunden beliefern, für die Durchleitung ihrer Energie zwar ein Netzentgelt verlangen. Damit es dabei korrekt zugeht, gibt die Bundesnetzagentur aber Regeln vor. Die zentrale Größe für die Kalkulation ist der Zins, den die Netzbetreiber für ihr Eigenkapital ansetzen dürfen.

35 Derzeit billigt die Bundesnetzagentur den Betreibern 9,05 Prozent für neue Anlagen und 7,14 Prozent für Altanlagen zu. Jetzt will sie die Renditen auf 6,91 Prozent und 5,12 Prozent senken - weil auch am Kapitalmarkt die Zinsen eingebrochen sind. Die Netzbetreiber fürchten um milliardenschwere Einnahmen. In ihrem Brief hatten  
40 VKU, BDEW und Verdi gefordert, dass die Bundesnetzagentur ihre Vorgaben um mindestens einen Prozentpunkt nach oben korrigieren müsse.

45 Ganz anders sehen das Lichtblick und BNE. Sie stützen sich auf ein Gutachten von Professor Thomas Wein vom Institut für Volkswirtschaftslehre an der Uni Lüneburg. Danach wäre der Netzbetrieb auch bei einem Zins von 5,04 Prozent bei Neuanlagen noch für Investoren attraktiv. Da es sich beim Strom- und Gasnetz um Monopole handele, sei das Geschäft risikoarm. Und: „Die Zinssätze für risikoarme beziehungsweise sehr risikoschwache Anlagealternativen sind nahezu auf null

gefallen, beziehungsweise sind negativ geworden“, heißt es im Gutachten. Die Bundesnetzagentur habe dies nicht ausreichend berücksichtigt.

50

„Die Energiewende darf nicht länger als Begründung für sensationelle Profite im Monopolbereich missbraucht werden. Für Energiekunden bedeutet ein Absenken der Zinssätze endlich eine Ersparnis und das in Milliardenhöhe“, sagte BNE-Geschäftsführer Robert Busch. Nach den Angaben der neuen Energieanbieter könnten die Verbraucher, die letztlich die Netzentgelte mit der Stromrechnung bezahlen, jährlich um sechs Milliarden Euro entlastet werden. Bleibe es bei den Plänen der Bundesnetzagentur, wären es kaum mehr als drei Milliarden Euro.

55

„Die Netzentgelte entwickeln sich auch deshalb zum Kostentreiber der Energiewende, weil Konzerne und Stadtwerke für ihre Strom- und Gasleitungen staatlich garantierte Traumrenditen deutlich oberhalb des im Markt üblichen Niveaus kassieren“, sagte Gero Lücking, Geschäftsführer Energiewirtschaft bei Lichtblick: „Das ist skandalös.“

60

*Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 172, 06.09.2016, 19*